

Die Spalte der Pressereferenten

Die Leser werden sich erinnern, daß in der letzten Nummer unserer Zeitschrift angekündigt worden war, daß sich die vorliegende Ausgabe des SKOLAST mit dem Thema „Frau sein in Südtirol“ beschäftigt hätte. Unter den Beiträgen zu dieser Frage sind zwei Interviews zu finden, die für den SKOLAST mit Lidia Menapace und mit dem Frauenarzt Dr. Wolfgang Moroder geführt worden sind. Mit Lidia Menapace, der bekannten Politikerin und Intellektuellen aus unserem Lande, hat Guido Denicolo über die allgemeinen Aspekte der Frauenfrage gesprochen, die sich heute aus einem fortschrittlichen, demokratischen Blickwinkel der Öffentlichkeit stellen. Dadurch sollte der Bezug zur Realität, wie sie sich in dieser Problematik in weiteren Dimensionen darstellt, hergestellt werden — natürlich zum Zwecke der weiteren Diskussion und Vertiefung. Mit Dr. Moroder hat Brunhilde Platzer über seine und die allgemeinen bisherigen Erfahrungen mit dem „Abtreibungsgesetz“ in unserem Lande gesprochen. Arno Teutsch beschäftigt sich in seinem Artikel mit einer Problematik, die in Südtirol bis heute kaum oder nur unzureichend behandelt worden ist, jedoch eine enorme Bedeutung aufweist: die Frauenarbeit in Südtirol. Ein weiterer Artikel zum Thema stammt von Marlies Gasser und in zwei kurzen Statements stellen sich zwei Frauenorganisationen, die in unserem Lande besonders aktiv sind, vor: UDI-SFB und AIED. Zum Thema „Frau in Südtirol“ drucken wir außerdem eine Glosse ab, deren Autorin der Redaktion — wie üblich — bekannt ist.

Und noch etwas Wichtiges, um gewissen bösen, sicherlich bereits gierig lauern den „Pluralismus“-Wächtern innerhalb und außerhalb der SH gleich von allem Anfang an Genüge zu tun: der SKOLAST wollte unbedingt mit Frau Landesrat Gebert-Deog zum genannten Thema ein ausführliches Interview führen. Für diese Nummer war es aus bestimmten Gründen nicht möglich. Aber wir werden in der nächsten Ausgabe darauf zurückkommen.

Auch die Diskussion über „Arbeiterbewegung und Autonomie“ wird in diesem SKOLAST mit jeweils einem Beitrag von Siegfried

Stuffer und Otto Saurer fortgesetzt — die vorausgegangenen Artikel sind in den letzten drei Nummern zu finden. Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Südtiroler Museumswesen (Brenner-Knoll) und mit dem Benedikter-Werk über den Eurokommunismus (Torggler).

Die nächste Nummer wird erst im nächsten Jahr erscheinen und dafür ist der Redaktionsschluß für den 15. Jänner 1979 festgesetzt. Das Rahmenthema: „Fremdenverkehr in Südtirol“. Wir werden uns mit dieser Nummer unter anderem auch (aber nicht ausschließlich) an die letzte Studientagung der SH anlehnen.

Klaus Menapace
Guido Denicolo

INHALT

- 1 *Guido Denicolo*: SKOLAST-Gespräch mit Lidia Menapace „Die andere Hälfte des Himmels ...“
 - 4 *Arno Teutsch*: Ansatz zu einer Diskussion über die Problematik der Frauenerwerbstätigkeit
 - 7 *Brunhilde Platzer*: SKOLAST-Gespräch mit Dr. Wolfgang Moroder „Schwangerschaftsabbruch in Südtirol“
 - 8 *UDI*: UDI — Wer wir sind
 - 9 *AIED*: Entstehung und Tätigkeit der AIED-Beratung in Südtirol
 - 10 *Marlies Gasser*: Die Frau in einer vom Mann beherrschten Gesellschaft
 - 11 *Gretchen*: Frau sein in Südtirol
Leserbrief
 - 12 *Alexander Brenner-Knoll*: Museen in Südtirol
 - 14 Dem Südtiroler Autor Norbert C. Kaser
 - 15 *Otto Saurer*: Arbeitnehmerbewegung und Autonomie
 - 16 *Siegfried Stuffer*: Arbeiterbewegung und Autonomie in Südtirol
 - 18 *Joseph Torggler*: Die neue SVP-Strategie des Antikommunismus
Stephan Gutweniger: Stellungnahme zum „Offenen Brief“
Günther Pallaver: An die Südtiroler Maturanten
Promotionen
-

Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11
Tel. (0473) 3 33 11 Büro
Tel. (0473) 2 31 10 Priv.

übernimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten.
Pünktliche und formschöne Auslieferung.
Mehrere Schriftbilder, Farbbänder und Farbmuster stehen zur Auswahl.

Mitarbeiter an dieser Nummer:

Christian ALTON
39012 Meran, Franziskusstraße 3
Alexander BRENNER-KNOLL
39050 St. Pauls, Paulser Straße 34
Guido DENICOLÒ
39020 Schluderns, Glunser Straße 21
Marlies GASSER
39040 Schabs, Felder Nr. 26
Stephan GÜTNEWIGER
39012 Meran, Lauben 59
Josef PEDARNIG
A-9900 Lienz

Brunhilde PLATZER
39020 Stills Nr. 44
Otto SAURER
39100 Bozen, Tyjeststraße 90
Siegfried STUFFER
39100 Bozen, Siegesplatz 15/c/28
Arno TEUTSCH
39055 Leifers, Dantestraße 19
Joseph TORGGLER
39012 Meran, Lazagweg 11
Johann E. TROJER
A-9931 Villgraten Nr. 170
Titelbild und Karikaturen:
Thomas Menghin

„Frau sein in Südtirol“

SKOLAST-Gespräch mit Lidia Menapace

Die andere Hälfte des Himmels

SKOLAST: Beginnen wir mit einer etwas allgemeinen, aber doch interessanten Frage: Wie geht es der Frauenbewegung heute, in der zweiten Hälfte des Jahres 1978? Ich will mich etwas präziser ausdrücken. Hat sich die — vor allem politische — Qualität der Frauenbewegung, hat sich ihre Haltung gegenüber der sie umgebenden Gesellschaftsstruktur verändert, nach den Errungenschaften zum neuen Familienrecht, zur Scheidung, zu den Familienberatungsstellen und zuletzt zur Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und zur Schwangerschaftsunterbrechung? Es scheint mir nämlich, daß die genannten Errungenschaften irgendwie ein erstes großes Ziel der Kämpfe der Frauenbewegung dargestellt haben. Wie hat sich dies alles auf die Verhaltensweisen und auf die Entwicklung der Bewegung ausgewirkt? Ist sie dadurch in ihrem Elan gebremst worden? Oder befindet sie sich lediglich vor einer neuen Qualität der Auseinandersetzung?

MENAPACE: Die in der Frage genannten Ziele sind jeweils unterschiedlich zu betrachten, nicht wegen ihres Charakters an sich, sondern wegen der Art, wie sie erreicht worden sind. Das Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz wurde beispielsweise geradezu ohne Kämpfe erlassen — fast als mechanische Verwirklichung internationaler Verpflichtungen, die der italienische Staat übernommen hatte. Es handelt sich um ein Gesetz, das sich kaum auf die reale Situation der Frau auswirkt und deshalb auch leicht umgangen werden kann. Das Ehescheidungs-gesetz hat hingegen deutlichere Auswirkungen zur Folge gehabt und war auch das Ergebnis einer gewissen Meinungskampagne und von Kämpfen gewesen. Heute ist die Frauenbewegung bemüht zu verhindern, daß einige negative Aspekte des Gesetzes auf die Frauen zurückfallen. Jedenfalls kann man dieses Gesetz als eine Errungenschaft betrachten, wenn auch das Problem der Scheidung von den Massen nie als außerordentliches Ziel empfunden wurde und auch für die emanzipierteren Frauen von relativ geringem Interesse war. Für die Massen deshalb, weil sie das Problem der Familie noch sehr stark empfinden. Für die emanzipierten Frauen steht das Problem einer mehr oder weniger festen Beziehung zu einem Mann hingegen außerhalb der Ehe und hat folglich kaum Bedeutung für die Scheidung.

Interessanter scheinen mir hingegen die anderen drei Errungenschaften,

nämlich das neue Familienrecht, die Familienberatungsstellen und das Abtreibungsgesetz. Es handelt sich um Gesetze, die stärker auf die allgemeine Lage der Frau einwirken und daher nicht nur spezifische Schichten oder Gruppen von Frauen betreffen. Sie sind zum Teil als Errungenschaften der Frauenbewegung zu betrachten. So war beispielsweise das neue Familienrecht die Errungenschaft eines langen Kampfes des reformistischen Teils der Frauenbewegung, vor allem des UDI⁶ und auch einiger Teile der laizistischen Vereinigungen, der schließlich nach einer langen Auseinandersetzung in eine moderne Angleichung des Zivilgesetzbuches, in stärker auf die Gleichheit von Mann, Frau und Kindern ausgerichtete Inhalte eingemündet ist.

Das Gesetz über die Familienberatungsstellen, aber auch das Abtreibungsgesetz waren hingegen ein gemeinsames von der gesamten Frauenbewegung (auch der feministischen) angestrebtes und schließlich erreichtes Ziel. Mir scheint, daß vom Gesichtspunkt der Auseinandersetzung und der Bewußtseinsbildung her diese zwei letzten Gesetze wohl die wichtigsten gewesen sind, weil sie eben, wie erwähnt, ein von den beiden großen Tendenzen der Frauenbewegung (der Frauenbewegung im engeren Sinne und der feministischen Bewegung) erkämpftes Resultat darstellen. Und vor allem betreffen sie die allgemeinen Bedingungen der Frau und nicht nur die Bedürfnisse einiger spezifischer Schichten.

Zur Bewegung selbst ist zu sagen, daß die angesprochenen Gesetze sicherlich teilweise die Situation der Frau in unserem Lande verändert haben und daß sich folglich die Notwendigkeit weiterer, fortschrittlicher, einheitlicher und auch spezifischer Ziele stellt. An erster Stelle und als dringendstes Anliegen steht uns die Problematik der Anwendung, der Verwirklichung dieser Gesetze bevor. Ich habe bereits daran erinnert, daß beispielsweise das Gesetz über die Gleichstellung in der Arbeitswelt nur sehr schlecht funktioniert, während die Verwirklichung des Gesetzes über die Schwangerschaftsunterbrechung großen Hindernissen gegenübersteht. Deshalb konzentriert sich gegenwärtig die

⁶ UDI — UNIONE DONNE ITALIANE — Die größte demokratische Massenorganisation der Frauen in Italien (heißt in Südtirol: UDI — Südtiroler Frauenbund)

Frauenbewegung im wesentlichen auf die Kontrolle der konkreten Anwendung dieser gesetzlichen Maßnahmen — vor allem der letzten drei —, die mir als die wichtigsten erscheinen.

SKOLAST: Aus dem bisher Gesagten kann man entnehmen, daß die Frauenbewegung nur schlecht als etwas Einheitliches betrachtet werden kann. In der Realität stellt sich die Bewegung der Frauen eher als etwas äußerst Vielgestaltiges dar: da haben wir einmal die organisierten, meinerwegen „etablierten“ Komponenten der Bewegung, auf der anderen Seite aber auch eine Unzahl von Frauenkollektiven und Basisgruppen. Was ist also diese Frauenbewegung? Gibt es eine einheitliche Definition? Was meinen Sie?

MENAPACE: Sehen Sie, wir haben die Gewohnheit, von einer „Bewegung der Frauen“ zu sprechen, während wir als „Frauenbewegung“ im engeren Sinne die Frauenorganisationen der Parteien, vor allem der reformistischen, bezeichnen. Unter dem Namen „feministische Bewegung“ lassen wir hingegen jene Wirklichkeit zusammen, die diesen horizontalen Charakter besitzt, also in einer Reihe von Kollektiven ohne vertikale Organisation und ohne gemeinsame Linie organisiert ist. Wenn wir also das Wort Frauenbewegung im weiteren Sinne gebrauchen, dann meinen wir damit eine Realität, die sicherlich voller Widersprüche ist, auch weil es sie erst seit kurzer Zeit gibt und wegen einer Reihe weiterer leicht verständlicher Gründe. So finden wir neben den objektiven (Unterschiede in der individuellen Situation, im Bewußtsein, in den kulturellen und ideologischen Voraussetzungen, in der wirtschaftlichen Lage) auch historische Gründe dieser Widersprüche, die eben auch davon abhängen, daß die Bewegung der Frauen so vielschichtig ist. Neben der traditionellen, sicherlich demokratischen und progressiven Organisation des UDI finden wir so auch die feministische Realität, die erst seit 1968 besteht und eigene organisatorische, aber auch kulturelle und politische Charaktermerkmale aufweist.

Was jedoch sowohl die Frauenbewegung als auch die feministische Bewegung als gemeinsamer Punkt verbindet, ist das Bedürfnis nach Einheit in der „Bewegung der Frauen“. Natürlich handelt es sich hierbei um eine nicht leicht zu erreichende Einheit, aber das Bedürfnis danach ist praktisch in allen Komponenten vorhanden und in der Kontrolle der Anwendung des Abtreibungsgesetzes ergeben sich sehr oft Gelegenheiten zum gemeinsamen Vorgehen.

SKOLAST: Manchmal wurde der Frauenbewegung der Vorwurf gemacht, sie stehe abseits von den großen und allgemeinen Problemen der Gesellschaft (Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, industrielle Struktur des Landes — kurz: die Probleme der Wirtschaft und der Entwicklung), kümmerne sich nur

um ihre spezifischen Fragen, sie sei also eine gewissermaßen korporative Bewegung. Ist dieser Vorwurf heute noch gerechtfertigt? War er dem überhaupt jemals gerechtfertigt?

MENAPACE: Die Gefahr eines korporativen Verhaltens betrifft alle, auch die Arbeiterklasse. Ich schloße daher nicht aus, daß es in der Frauenbewegung solche korporative Versuchungen gegeben hat. Auch für die Zukunft sind wir ein solches Risiko nicht ganz los.

Ich würde jedoch eine Tendenz zur Betonung, zur Unterstreichung der auf die eigene Besonderheit gegründeten *Autonomie* der Bewegung nicht als korporativ bezeichnen. Wenn ein gesellschaftliches Subjekt in kollektiver Form seine Spezifität hervorstreicht und seine Autonomie erklärt, also den Anspruch erhebt, seine Interessen entsprechend dem allgemein erreichten Bewußtseinsstand der Bewegung auf die Szene der Geschichte zu setzen, so kann man höchstens feststellen, daß es sich um eine rückständige Bewegung handelt, deren Ziele rückständiger sind als jene anderer. Aber man kann ihm nicht den Vorwurf des Korporativismus machen. Sicher, es gibt für die Bewegung der Frauen einige Schwierigkeiten, die von den politischen Kräften und von den Institutionen erarbeiteten allgemeinen Ziele sich zu eigen zu machen. Denn im allgemeinen sind diese Zielvorstellungen und Programme außerhalb der von den Frauen erlebten Erfahrungen entstanden. Ich meine hier nicht die individuellen Erfahrungen, die mich recht wenig interessieren. Nein, ich spreche von der kollektiven Erfahrung, von der objektiven Stellung der Frauen. Aber auf die Frauen fallen die andernorts getroffenen politischen Entscheidungen zurück und dies führt dann bei den Frauen selbst zu Anzeichen von Passivität. Die Krise verschlechtert beispielsweise die Situation der Frau, denn aus den öffentlichen Haushalten werden Summen, die zuvor für die sozialen Dienste gedacht waren, gestrichen und anders eingesetzt. Die Frauen sehen sich so vor größere familiäre Lasten gestellt, ohne ja oder nein gesagt zu haben, das heißt in rein passiver Form. Man kann also verstehen, daß sich die Frauen nicht sofort für allgemeine Ziele begeistern und dafür kämpfen. Man muß vielmehr sehen, wie von Fall zu Fall ein allgemeines Ziel in die Spezifität der Frauenbewegung umgesetzt werden kann, etwa die Arbeitslosigkeit, die Halbtagsarbeit, die sozialen Dienste usw.

Ich möchte noch etwas hinzufügen. Viele Publizisten, Politologen und Wissenschaftler vertreten die Ansicht, die Frauenbewegung sei eine rein kulturelle Bewegung, eine Bewegung des Überbaus, weil es eben scheint, als ob die Frauen kein direktes Interesse an den Problemen der Wirtschaft, der industriellen Struktur, der Produktion hätten. Ich bin der Meinung, daß dieses

Urteil zumindest ungenügend ist. Die Frauenbewegung ist sicherlich auch eine kulturelle Bewegung, des Überbaus, eine Bewegung zur Veränderung der Ideologie und des Bewußtseins. Sie weist aber auch als Besonderheit die Frage der Reproduktion, das Problem des Verhältnisses zur Produktion in der Form der häuslichen Produktion oder der häuslichen Dienstleistungen auf, weshalb sie nach meiner Ansicht nicht außerhalb des strukturellen Horizonts angesiedelt werden kann.

SKOLAST: Mir scheint, daß eines der wichtigsten — und nicht immer gelöst — Probleme der neuen Bewegungen der letzten Zeit ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse betrifft. Wie stellt sich dieses Problem nun der Bewegung der Frauen? Ich möchte expliziter werden. Verfügt die Frauenbewegung beispielsweise über einen Klassenstandpunkt? Kann sie in dieser Phase ihrer Entwicklung überhaupt eine Klassenposition haben?

MENAPACE: In der Frauenbewegung wird allgemein die Meinung vertreten — und ich teile sie — daß der Widerspruch Mann-Frau nicht ein Klassenwiderspruch ist, sondern einen spezifischen Widerspruch darstellt, der mehr oder weniger und mit unterschiedlichen Aspekten alle Klassen durchzieht. Es besteht eine spezifische Unterdrückung der Frauen im allgemeinen gegenüber den Männern im allgemeinen, nicht natürlich der einzelnen Frau gegenüber dem einzelnen Manne. Deshalb glaube ich, ist das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Frauenbewegung besonders problematisch, aber auch besonders wichtig, vor allem auch unter einem theoretischen Gesichtspunkt. Das Verhältnis ist problematisch, ja, denn wenn es lediglich um einen Klassenwiderspruch ginge, würde es genügen, einige geschichtliche Rückstände zu analysieren oder einige Veränderungen im täglichen Verhalten herbeizuführen, und auf dieser Basis des erreichten Klassenbewußtseins wäre die Einheit hergestellt. Statt dessen haucht es sich jedoch nicht allein darum, sondern es spielen eben die Geschlechtsunterschiede mit allen damit zusammenhängenden kulturellen, geschichtlichen, psychologischen und ideologischen Implikationen herein, so daß man diese Frage nicht allein mit den Klassenwidersprüchen erklären kann, im Sinne etwa, daß es genügen würde, eine klassenlose Gesellschaft anzustreben. Auf diese Weise wären wir überhaupt nicht in der Lage, uns Vorstellungen darüber zu machen, wie die Geschlechtsunterschiede in nicht widersprüchlicher, nicht unterdrückender, nicht abhängiger und nicht passiver Form erlebt werden könnten.

Wenn jedoch die Arbeiterklasse, die sich als *allgemeine Klasse* darstellt, also fähig sein will, als Klasse die Bedürfnisse *anderer* gesellschaftlicher Subjekte nach Befreiung, Fortschritt und Emanzipation, andere gesellschaft-

liche Widersprüche zu interpretieren, nicht in der Lage ist, diese Problematik aufzugreifen, dann bedeutet dies, daß sie ihr Recht auf Hegemonie verloren hat. Es ist daher theoretisch lebenswichtig, daß man sich dieses Problem stellt. Andererseits war ja die Arbeiterklasse ursprünglich internationalistisch, trotzdem hat sie die nationalen Widersprüche aufgegriffen. Auch das schien am Anfang im Widerspruch zu ihrer ursprünglichen Charakterisierung zu sein.

Es ist also nicht nötig, den Widerspruch der Geschlechter in einen Klassenwiderspruch umzuwandeln, was er effektiv auch nicht ist. Wenn aber die Arbeiterklasse auf diesem Boden keine Antwort zu geben fähig ist, dann will das heißen, daß ihre Hegemonie in Diskussion, diskutabel ist. Die Frauenbewegung hat aus diesen Gründen ein schwieriges Verhältnis zur Arbeiterklasse. Und schließlich ist die Arbeiterklasse geschichtlich ein männliches Subjekt, denn in der Produktion hatte der Mann eine stabile Stellung, während die Frauen im allgemeinen die Reservearmee darstellten. Deshalb finden wir bei den Arbeitern auch gewisse Bewußtseinsverkrustungen, repressive Mentalitätsformen, die bekanntlich oft repressiver sind als jene des Bürgertums, denn die Ideologie, welche die herrschende Klasse den subalternen Klassen aufzweist, ist immer der schlechteste, nicht der liberalste Aspekt ihrer Ideologie. So kommt es denn vor, daß gewerkschaftlich und politisch außerordentlich fortschrittliche Arbeiter in ihren familiären Beziehungen oft sehr autoritäre oder repressive Verhaltensweisen an den Tag legen. Es ist also noch ein langer Weg zurückzulegen. Es handelt sich um Widersprüche, die nicht ohne weiteres überwunden werden können.

SKOLAST: Die Frage, die ich jetzt stellen wollte, haben Sie zuletzt bereits teilweise beantwortet. Aber vielleicht können wir noch ein wenig vertiefen und die vorhergehende Frage umdrehen: Wie stellt sich die Frauenfrage der Arbeiterbewegung? Wie hat sich die organisierte Arbeiterbewegung gegenüber dieser großen Problematik verhalten? Wie verhält sie sich heute?

MENAPACE: Geschichtlich hat sich die Arbeiterbewegung vor allem für Maßnahmen und Gesetze zur Gewährleistung der Gesundheit der Frau, gegen die Nachtarbeit usw. geschlagen. Es besteht diesbezüglich eine lange und alte Tradition in der Arbeiterbewegung: die ersten Kämpfe zum Arbeitstage galten den Minderjährigen und den Frauen. Weitere Auseinandersetzungen betrafen den gleichen Lohn usw. Ich will damit sagen, daß innerhalb der großen Gleichheitsbestrebungen der Arbeiterbewegung auch dieser Unterschied zwischen Mann und Frau (der sich in Ungleichheit äußerte) irgendwie aufgegriffen worden ist. Aber größtenteils blieb dieser Einsatz auf diese Themen beschränkt, bewegte sich also innerhalb eines mehr ökonomistischen

Blickwinkels. Man ging nicht viel weiter.

Was gibt es heute Neues? Da ist einmal die Tatsache, daß die Frauen innerhalb der Gewerkschaften begonnen haben, sich in internen Kollektiven zu organisieren, so bei den Metallarbeitern, bei der Textilgewerkschaft, aber auch in den Gewerkschaften der Schule, der öffentlichen Körperschaften; also in jenen Arbeitsbereichen, in denen die weibliche Arbeitskraft stärker vertreten ist oder wo die Gewerkschaft progressivere Haltungen einnimmt, wie bei den Metallarbeitern etwa. Im Inneren der Gewerkschaftsbewegung bringen diese Frauen nicht nur die Probleme der Arbeitszeit oder der Gleichstellung, sondern auch die Frage der Abtreibung, der Familie, der zwischenmenschlichen Beziehungen, der Arbeitsqualität, das Bedürfnis nach Veränderung der Arbeitsorganisation in Verbindung mit der Spezifität der Frau voran. Es gibt Studien über Stundenpläne, wie sie von Frauen bevorzugt werden. Bei FIAT hat man festgestellt, daß die Männer es vorzogen, den Arbeitstag in einem durchzuziehen, um nachher frei zu sein oder vielleicht eine zweite Arbeit zu verrichten. Die Frauen hingegen wünschten eine Mittagspause, um den vielen anderen Geschäften nachgehen zu können: Einkauf, Kinder abholen, Kochen usw. Also nicht um auszurufen, sondern um zusätzliche Arbeit zu verrichten. So erweist sich ihr Arbeitstag als anstrengender, ermüdender, und auch ihre Arbeitsleistung ist durchschnittlich niedriger, weshalb sie meist auf unteren Qualifikationsstufen und in Randbeschäftigungen verbleiben.

Man sieht also, es nutzt nichts, einfach eine freie Wahl zwischen durchgezogener oder unterbrochener Arbeitszeit anzubieten, wenn man nicht zugleich die Strukturen der Gesellschaft verändert. Ein solches Angebot, losgelöst von den nötigen Veränderungen, bestätigt lediglich die abhängige und noch viel schwierigere Situation der Frau.

SKOLAST: Eine kurze Frage, die jedoch nicht ebenso kurz beantwortet werden kann, ich weiß. Versuchen wir's trotzdem. Worin besteht nach Ihrer Auffassung der spezifische Unterschied der italienischen Frauenbewegung gegenüber den Bewegungen anderer Länder?

MENAPACE: Vor allem muß festgestellt werden, daß die Frauenbewegung in Italien viel jünger ist als in anderen kapitalistischen Ländern. Es stimmt, daß es auch in Italien während des Entstehens des Einheitsstaates eine Bewegung für die Bürgerrechte, für das Wahlrecht usw. gegeben hat, die vorwiegend bürgerlichen Charakter aufwies. Es gab eine katholische Bewegung mit einer gemäßigten Forderung nach Gleichstellung der Frau, und es gab vor allem eine bedeutende sozialistische Bewegung. Diese

ist jedoch durch den Faschismus zer schlagen worden, was bereits einen Unterschied gegenüber den angelsächsischen und französischen Ländern ergibt.

Die feministische Bewegung im besonderen, die also im eigentlichen Sinne die Frage nach der Spezifität der Frau gestellt hat, reicht jedoch nicht weit zurück. Ein erster großer Unterschied ist also darin zu sehen, daß die Frauenbewegung in Italien relativ jung ist.

Ein weiterer Unterschied liegt in ihrer engen Verbindung zur Arbeiterbewegung. Während der größte Teil etwa der englischen Feministinnen sich nicht als Marxistinnen bekennen, kann man von den italienischen Feministinnen wohl sagen, daß sie sich zum größten Teil mehr oder weniger auf marxistisches Gedankengut berufen. Und sie stellen eben die Frage nach dem Verhältnis mit der Arbeiterbewegung, ein wohl konfliktuelles Verhältnis, das stimmt, ein widersprüchliches Verhältnis; aber es wird gesucht und nicht etwa verweigert.

Von der Bewegung in Frankreich meinte ich, daß sie im wesentlichen viel gemäßigter ist, mit den sicherlich interessanten Aspekten ihres Bürgerrechtskampfes, allerdings mit einem starken Akzent auf dem Problem des Lesbismus. Die Sache ist von einem bestimmten Interesse, das stimmt, und ich denke auch nicht daran, solche Lebensformen abzuweisen oder ihnen ihr Existenzrecht zu leugnen. Es scheint mir lediglich, daß man damit ein in der großen Mehrheit der Frauen nicht empfundenes Problem hervorstreicht, während andere, wichtige Aspekte zurückbleiben.

In Deutschland und den deutschsprachigen Ländern scheint mir vor allem die Kritik an der Familie in besonders ernsthafter und radikaler Weise vorgebracht worden zu sein. Das Interesse wird dadurch noch verstärkt, daß man diese Kritik auch in die Praxis umzusetzen versucht hat, so etwa durch Kinderläden usw. Nach meinen Informationen ist in Deutschland diese Bewegung auch heute noch recht lebendig. Aber auch hier scheint mir, daß die Frauenbewegung kaum Beziehungen zur Arbeiterbewegung unterhält und sie auch nicht sucht.

Die besondere Eigenart der italienischen Frauenbewegung scheint mir hingegen eben ihre enge Verbindung zur Arbeiterklasse zu sein. Es mag mit der relativen Rückständigkeit des italienischen Kapitalismus zusammenhängen, daß bei uns die Klassenwidersprüche sich akuter darstellen und nicht so integriert sind. Es bleibt jedoch die Tatsache, daß die Frauenbewegung stark mit der Arbeiterbewegung verbunden ist und auch die Frage nach einer Erneuerung und Anpassung der marxistischen Theorie stellt.

SKOLAST: Kommen wir noch einen Augenblick zu Südtirol, zu unserer besonderen Situation also. Oft — und mit Recht —, besteht man auf der Beson-

dehheit vieler Probleme unseres Landes gegenüber dem Rest Italiens. Sie kennen Südtirol einigermaßen. Ich möchte Sie daher fragen, ob Sie glauben, daß diese Besonderheit auch die Frauenfrage berührt. Wo liegen die Unterschiede, wo die Berührungspunkte?

MENAPACE: Obwohl ich dieses Land kenne, empfinde ich eine gewisse Verlegenheit, auf diese Frage zu antworten. Denn wenn man eine Kritik zum Ausdruck bringt, riskiert man immer, eine gewisse Verständnislosigkeit an den Tag zu legen. Ich will aber doch versuchen, ein möglichst sachliches Urteil abzugeben. Als ich vor 26 Jahren in dieses Land kam, habe ich natürlich einige Unterschiede festgestellt. Schließlich hatte ich in einer Gegend Norditaliens, in Mailand, studiert und gearbeitet. Die erste Sache, die mir auffiel, war die Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen. Die ersten Menschen, die ich in Bozen kennenlernte, waren meine Hausnachbarninnen, mit denen sich ein Verhältnis des gegenseitigen Austauschs von kleinen Diensten und Dingen anbahnte. Dies alles war sehr verschieden gegenüber den anderen Zonen Norditaliens, wo dies nur wenig zu finden war (in Mailand natürlich überhaupt nicht), während es in Mittel- und Süditalien so etwas Ähnliches gab. In diesem Zusammenhang fiel mir eine nicht besonders „privatistische“ Hausführung auf, was mir als eine wichtige Sache vorkam.

Ein zweites, das mir auffiel, war die Tatsache, daß viele Frauen bei der Arbeit aktiv waren, vielleicht mehr als in anderen Provinzen Italiens. Allerdings hatte diese Arbeit meist nur subsidiären Charakter gegenüber der Tätigkeit des Mannes oder wickelte sich im Handel ab.

Das sind sicherlich nur oberflächliche, flüchtige Unterschiede, Eindrücke. Ich habe erst spät und nur wenig die Taler kennengelernt, wo mir das Leben der Frau (so wie es auf dem Lande allgemein ist) sehr hart vorkam, wo mir sehr viel Unterdrückung der Frau zu herrschen schien, obschon die patriarchalische Familie der weiblichen Arbeit in der Landwirtschaft eine gewisse Anerkennung zollt. Die Abhängigkeit schien mir jedoch sehr groß zu sein. Dies geschieht übrigens allgemein, nicht nur in Südtirol.

Ich weiß nicht, inwiefern diese Unterschiede von Bedeutung sein mögen. Die herrschende Ideologie war in Südtirol lange der Katholizismus gewesen, deshalb sind wahrscheinlich auch die Mentalität der Frau und ihre Haltung gegenüber der Familie dem ähnlich, was in den anderen katholischen Regionen Italiens zu finden ist. Ich glaube jedoch, daß die Unterschiede vorwiegend von der wirtschaftlichen Struktur abhängen, die hier noch nicht von der Industrialisierung erfaßt worden ist. Andere größere Unterschiede würde ich nicht sehen.

SKOLAST: Ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Ansatz zu einer Diskussion über die Problematik der Frauenerwerbstätigkeit in Südtirol

Die Veränderungen der Südtiroler Wirtschaftsstruktur, die Ende der fünfziger Jahre durch eine teilweise Industrialisierung eingesetzt haben und die in den sechziger Jahren, begünstigt durch den Fremdenverkehrsboom beschleunigt worden sind, haben wesentliche Veränderungen der Frauenerwerbstätigkeit eingeleitet, die eine teilweise Anpassung der traditionellen Familienideologie erfordert haben (und immer noch erfordern). Dies vor allem, was jenen Aspekt der Familienideologie betrifft, der die Ideologie vom „Wesen“, von der Funktion der Frau zum Inhalt hat.

Das Ausnützen des vorhandenen weiblichen Arbeitskräftepotentials war zu einer Notwendigkeit für die Expansion des im Fremdenverkehrs- und Handelssektor investierten Kapitals geworden (hoher Bedarf an Kellnerinnen, Zimmermädchen und sonstigen Saisonarbeiterinnen). Doch auch einzelne Bereiche der verarbeitenden Industrie (zumeist mit niedrigerem technologischem Einsatz) profitierten von der verfügbaren billigen weiblichen Arbeitskraft. Dazu kommt der steigende Bedarf an Arbeiterinnen im Landwirtschaftssektor als Erntearbeiterinnen und für die Arbeit in Obstmagazinen (stark zyklisch bedingte und deshalb instabile Nachfrage).

Diesen Erfordernissen haben sowohl die Familienpolitik¹ als auch die Träger der Familienideologie² (Kirche, Vereine usw.) Rechnung getragen. Aus Platzgründen kann dieser Prozeß der Veränderung und Anpassung der Ideologie vom „Wesen“ der Frau nicht näher behandelt werden, obwohl er eine wesentliche Bedeutung für ein besseres Verständnis der Problematik der berufstätigen Frau in der heutigen Südtiroler Gesellschaft hat.

In diesem Beitrag sollen die Schwerpunkte auf einige typische Erscheinungen der Frauenerwerbstätigkeit in Südtirol gelegt werden³, weniger um einen abgeschlossenen Beitrag dazu zu geben — was in Anbetracht des Mangels an wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema unmöglich wäre —, sondern um ein tieferes Interesse dafür zu wecken. Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, daß vielfach selbst von gewerkschaftlicher Seite aus nur verbal Interesse am Thema vorhanden ist und daß in Wirklichkeit die Rolle der Frau als beständige industrielle Reservearmee akzeptiert wird (das heißt, daß die Rolle der Frau in erster Linie hinter dem Herd gesehen wird).

Die offiziellen Daten zur Frauenbeschäftigung in Südtirol im Vergleich zu anderen Ländern

Allgemeiner Anteil der werktätigen Frauen in Prozenten auf die Frauenbevölkerung und Anteil der Frauennarbeit an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung.

Land	Prozentanteil auf die Frauenbevölkerung	Prozentanteil an der erwerbstätigen Bevölkerung insgesamt
Österreich	29,6	38,4
Belgien	27,1	34,3
Dänemark	39,2	41,1
BRD	30,2	35,7
Schweden	39,9	40,8
Schweiz	32,6	34,1
Italien	19,0	27,4
davon:		
Norditalien	23,1	30,3
Südtirol	20,0	27,3

Quelle: M. May in „Inchiesta“ Nr. 25/77 und „Südtirol 1981“.

Wie aus diesen Daten deutlich wird, ist die Zahl der beschäftigten Frauen in Südtirol im Vergleich wesentlich niedriger als in anderen Ländern und niedriger als im übrigen norditalienischen Raum.

Ebenso wird aus offiziellen statistischen Quellen ersichtlich, daß die Frau auf dem statistisch erfaßten Arbeitsmarkt weit weniger vertreten ist als die Männer. Dies ist sicherlich nicht damit zu erklären, daß die Südtirolerin (bzw. die Italienerin) weniger arbeitet oder arbeiten will als die Frauen in anderen Ländern, sondern damit, daß die prekäre Arbeit, die von den Statistiken nicht erfaßt wird, bei uns viel stärker verbreitet ist.

Unter prekärer Arbeit (italienisch: lavoro marginale) versteht man eine Beschäftigung, welche im Gegensatz zur stabilen, relativ sicheren Ganztagsbeschäftigung gekennzeichnet ist von einer geringen Stabilität und einer größeren Flexibilität und von einigen weiteren Faktoren wie z.B. Gelegenheitsarbeit, Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Saisonbeschäftigung, Halbtagsbeschäftigung, Heimarbeit; dazu kommen oftmals noch andere Faktoren wie das Fehlen einer Sozialversicherung, ein hohes Arbeitspensum im Verhältnis zum ausbezahlten Lohn, keine Aufstiegsmöglichkeiten, kein Urlaub usw....

In Südtirol sind diese prekären Arbeitsplätze vor allem in den folgenden Bereichen vorzufinden (wobei zu berücksichtigen ist, daß diesbezüglich genaueres Datamaterial fehlt):

a) Hotel- und Gastgewerbe: als Stubenmädchen, Kellnerinnen, Küchenhilfen usw.; jeweils saisonbedingte Arbeiten, bei denen ein Großteil der Arbeiterinnen nicht sozialversichert wird und unterdurchschnittlich entlohnt wird (wobei das zu leistende Arbeitspensum äußerst hoch ist);

b) dasselbe gilt für die Haushaltsdienste (Stundenbeschäftigung als Putzfrau, Büglerin usw.); auch hier kommt die Frau meist nicht in den Schutz der Sozial- und Krankenversicherung;

c) in der Landwirtschaft; auch in diesem Sektor hängt die Beschäfti-

gung meist von den Stoßzeiten (Erntearbeiterinnen) ab. Grundsätzlich kann man zur Frauennarbeit in der Landwirtschaft sagen, daß diese abhängig ist vom Grad der kapitalistischen Entwicklung in diesem Sektor: in jenen Betrieben, in denen die Produktivität steigt (bzw. hoch ist), werden die Frauen immer stärker ausgestoßen (bzw. im Rahmen einer in der modernen Kleinfamilie üblichen Arbeitsteilung ausschließlich an die Arbeit ins Haus gebunden), während in jenen mit schwacher Produktivität die Frauennarbeit einen sehr hohen Anteil hat, wobei vielfach die Frau selbst die größte Verantwortung über den Betrieb hat — vor allem in jenen Betrieben, in denen der Mann teilweise in anderen Sektoren beschäftigt ist.

Ein weiterer Bereich, der sicherlich zur prekären Arbeit gezählt werden kann, betrifft die Arbeit in den Obstmagazinen; auch wenn in diesen eine größere gewerkschaftliche Kontrolle (bezüglich z.B. der Bezahlung der Sozialabgaben) besteht, so hat auch hier für viele Frauen die Arbeit einen saisonalen Charakter, mit hohem Ausbeutungsgrad.

Daneben gibt es weitere prekäre Arbeitsverhältnisse in einigen Sektoren des Einzelhandels (vor allem in Kleinbetrieben) und im Bereich der Heimarbeit. Über diesen Bereich, der auf gesamtstaatlicher Ebene sicherlich den ersten Platz unter den prekären Arbeitsverhältnissen einnimmt, hat man,

was Südtirol betrifft, innerhalb der Gewerkschaft nur äußerst geringe Unterlagen, da die Heimarbeiterrinnen gewerkschaftlich kaum erreicht werden können. Diesbezüglich wäre es angebracht, eine empirische Untersuchung durchzuführen, um einen tieferen Einblick zu erhalten.

Außer den Sektoren der Unterbeschäftigung und der prekären Arbeitsverhältnisse muß an dieser Stelle noch kurz auf die Situation der Frauen eingegangen werden, die einen relativ „sicheren“ Arbeitsplatz (das heißt, feste ganzjährige Entlohnung und Sozialversicherung) haben. Wie aus allen amtlichen Statistiken hervorgeht, haben die Frauen meist rein ausführende Arbeitsbereiche ohne jegliche Aufstiegsmöglichkeit, charakterisiert durch Monotonie und Unbeweglichkeit. Typisch dafür ist, daß die Zahl der beschäftigten Frauen in den qualifizierteren Arbeitsplätzen gering ist.

So geht z. B. aus einer von M. Fia May auf gesamtstaatlicher Ebene durchgeführten Untersuchung hervor, daß von den spezialisierten Arbeitern nur 8 Prozent Frauen sind; bei den spezialisierten Arbeitern sind nur 31 Prozent Frauen; von den als gewöhnlich eingestuftem Arbeitern sind 39 Prozent Frauen — dafür aber ist der Anteil der Frauen an den gewöhnlichen Handlungen 54 Prozent(!)

Doch nicht nur im Industriesektor, auch in den anderen Bereichen im Dienstleistungssektor ist die Lage ähnlich (wieviele Männer arbeiten wohl an den Kassen eines Supermarktes?).

Vergleichen wir dazu die Daten in einem der größten Dienstleistungsbetriebe der Provinz: In der Südtiroler Landessparkasse waren am 31. Dezember 1975 insgesamt 719 Personen beschäftigt; davon 469 Männer und 250 Frauen. Betrachten wir aber, welche Rolle die Frauen in der Betriebshierarchie spielen:

	Männer	Frauen
Direktoren (Dirigenten)	7	0
Funktionäre	47	3
Angestellte der 1. und 2. Kategorie (Amtsvorsteher)	103	6
übrige Angestellte	230	241

Zudem muß man berücksichtigen, daß auch innerhalb der niederen Angestelltenkategorien die Frauen durchwegs eher zu monotonen, abstumpfenden Arbeiten an Maschinen herangezogen werden, weil sie ja „für solche Arbeiten linker und geschickter sind als ihre männlichen Kollegen“.

In anderen Banken oder sonstigen Dienstleistungs- bzw. Verwaltungsbetrieben ist die Situation noch schlechter.

Unter diesen Voraussetzungen überrascht es nicht, daß ein Großteil der Frauen es aufgibt (sobald es die finanzielle Situation der Familie gestattet), eine Arbeit außer Haus zu suchen und deshalb in den Statistiken nicht aufscheint (als entmündigte Arbeiter).

Trotzdem wären viele Frauen bereit, einer Arbeit außer Haus nachzugehen, wenn nicht eine Reihe anderer Faktoren diese Bereitschaft entscheidend einschränken würde. Diese Faktoren sind unter anderem:

a) **die Bedingungen des Familienlebens:** In unserem gesellschaftlichen System hat die Familie viele Funktionen zu erfüllen und zwar in erster Linie in der Produktion von Dienstleistungen, die nur bei hohem Einkommen an aufstehende Personen delegiert werden können. Deshalb ist es notwendig (in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem), daß hinter jedem Arbeiter eine funktionierende Familienorganisation steht, in der „jemand“ verlässlich eine Reihe von Aufgaben erfüllt. Dieser „jemand“ ist fast immer eine Frau und in der Kleinfamilie eine Frau-Mutter, die in erster Linie diese Dienste besorgen muß und dann erst (den Bedürfnissen der Familie untergeordnet) einer Arbeit außerhalb des Hauses nachgehen kann (obwohl eine solche Arbeit oft entscheidend ist für das finanzielle Überleben der Familie) 4.

b) **die (fehlenden) öffentlichen Dienstleistungen:** Dabei muß vor allem auf die fehlenden Strukturen wie z. B. Mensen, Kinderhorte und Kindergärten hingewiesen werden. So sind z. B. nur die wenigsten Schulen ganztägig aufgebaut (zudem müssen die Familien — Frauen — den Kindern auch außerschulisch einige sprachliche und kulturelle Elemente vermitteln, ohne die das Kind unweigerlich „selektionierte“ wird, das heißt sitzen- oder zurückbleibt). So werden z. B. die Kinder in den Südtiroler Kindergärten durch das neue Landesgesetz am Nachmittag früher nach Hause geschickt... Kinderkrippen gibt es in den wenigsten Dörfern...

So werden der Familie (Frau) weitere Aufgaben angelastet, die theoretisch vom öffentlichen Apparat getragen werden müßten. Wenn man die familienpolitisch relevanten Aussagen einiger Südtiroler Assessoren (Zeiger, Gebert-Deeg) verfolgt, dann wird es deutlich, daß bewußt das Ziel verfolgt wird, die Frau an Herz und Kinder zu binden und ihr eine stabile Berufstätigkeit zu erschweren; alle familienpolitisch relevanten Gesetze gehen in diese Richtung 5.

Auf diese Weise werden alle Mütter, die einer Berufstätigkeit nachgehen, einer Doppelbelastung unterworfen, die langfristig nur schwer durchzuhalten ist und dazu führt, daß viele Frauen die Entscheidung treffen, „dabein“ zu bleiben, auch wenn dies für viele Frauen keine leichte Entscheidung ist, zumal sie eine größere gesellschaftliche Isolation bewirkt.

Diese aufgezeigten Faktoren müssen auf alle Fälle in Erwägung gezogen werden, wenn man von der Berufstätigkeit der Frau spricht. Es steht aber von vornherein fest, daß in einem kapitalistischen System jede individuelle Lösung dieses Problems mit hohen so-

zialen Kosten (und individuellen Einschränkungen) verbunden ist:

— selbst wenn der Mann allein für das nötige Einkommen der Familie sorgen muß, bedeutet dies eine Reihe von „Kosten“; das heißt, der Zwang allein für den Lebensunterhalt der Familie aufkommen zu müssen, bewirkt eine verstärkte Identifikation mit der Arbeit, verstärktes Konkurrenz- und Karrieredenken, bedeutet vielfach aber auch die Aufnahme einer Nebenbeschäftigung während der Ferien und der Freizeit (diesbezüglich hat eine kürzlich abgeschlossene Untersuchung ergeben, daß nur sehr wenige Arbeiter in Südtirol wirklich Urlaub machen und daß die meisten irgendeiner Nebenbeschäftigung nachgehen müssen);

— die Situation der „Hausfrau“ haben wir schon erwähnt: sie bedeutet den Zwang zu einer schweren, monotonen Arbeit, ohne jegliche finanzielle Autonomie und einen Zustand gesellschaftlicher Isolation;

— die berufstätige Frau mit „stabilem“ Arbeitsverhältnis hat in erster Linie eine Doppelbelastung zu tragen, mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben (täglich auch über 15 Stunden Arbeit, konstante Ermüdungserscheinungen, Stress usw.). Dies trifft vor allem die berufstätigen Mütter, die in Anbetracht der fehlenden öffentlichen Strukturen oft geradezu Wunder vollbringen müssen, um für die Kinder eine Lösung zu finden (vor allem, wenn diese krank sind oder keine Oma zur Verfügung steht). Dazu kommt, daß die Arbeiterin meist, wie wir schon erwähnt haben, beruflich schlecht qualifizierte Arbeiten verrichten muß;

— auf die gesellschaftliche Situation der „prekären“ Arbeiterinnen haben wir schon hingewiesen; außer dem Problem der Doppelbelastung besteht der Zwang, Arbeitsbedingungen akzeptieren zu müssen, die durchwegs schlechter sind als jene im „stabilen“ Arbeitsverhältnis.

Unter diesen Umständen können nur radikale Veränderungen des derzeitigen gesellschaftlichen Systems eine effektive Veränderung dieser Situation mit sich bringen. Alle gewerkschaftlichen Versuche, z. B. den Part-time zu regeln, die Schwarzarbeit zu kontrollieren usw., haben nur eine beschränkte Wirkung. Solche radikale Veränderungen könnten z. B. sein:

— allgemein die wöchentliche Arbeitszeit auf 20 bis 24 Stunden zu senken und dafür eine Erweiterung der Arbeitsteilung zu erreichen;

— im Erwachsenenleben abwechselnd Studier- und Arbeitsperioden einzuführen;

— die Produktion von sozialen Diensten (durch eine freiwillige Mitarbeit der Gemeinschaft) auszuweiten;

— Sozialisierung einiger wesentlicher, bisher ausschließlich die Frau belastende Funktionen durch Menschen, Wäschereien usw. ...

Auch wenn im Rahmen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems solche

Vorschläge nur begrenzt durchführbar sind und allen reformistischen Bestrebungen, der Frau mehr oder bessere Arbeitsplätze zu schaffen, strukturelle Grenzen gesetzt sind, kann nicht erwartet werden, daß Veränderungen vom Himmel fallen; diese müssen vielmehr im täglichen Kampf der Frauen für Recht auf Arbeit, Recht auf soziale Strukturen, Recht auf veränderte Arbeitsorganisation und Rollenteilung errungen werden.

Allgemeine bibliografische Hinweise zur Vertiefung des Themas: Frau und Gesellschaft (ohne Hinweis auf Vollständigkeit).

1 Die Familienpolitik der Landesverwaltung ist gekennzeichnet durch den Versuch, einerseits alle für die Familie „destabilisierenden“ Faktoren (zu solchen kann zum Teil auch die Berufstätigkeit der Frau gerechnet werden) einzuschränken, da nach Meinung dieser Politiker die Stabilität der Familie entscheidend ist für das Überleben des derzeitigen politischen Systems, andererseits will man den Erfordernissen des Kapitals nach prekären weiblichen Arbeitskräften entgegenkommen. -- Versuch, der sicherlich nicht widerspruchsfrei erfolgt.

Mit dieser Problematik beschäftigt sich ausführlich die Untersuchung Deliago-Teutsch: Die Familie in Südtirol, Diss. TN 78.

2 Man vergleiche dazu die Änderungen, die z. B. die von der Kirche organisierten Ehevorbereitungskurse erfahren haben.

3 Ausgeklammert muß in diesem Zusammenhang die Situation jener Frauen bleiben, die durch die Heirat implizit gezwungen worden sind, im Be-

broschüre der studientagung 22.—25. september 1977 waltherhaus bozen	herausgegeben von sh bozen & sh wien dall'ò norbert inderst georg strobl albert waibl gunther
<h1>JUGEND</h1> <h2>IN SÜDTIROL & FREIZEIT</h2>	
inhalt referate, diskussionen, forumsdiskussionen, arbeitsgruppenberichte, resolutionen, arbeitspapiere, statistische daten, presse, adressen, bücherangaben	erhältlich um 2.000 Lire im sekretariat der südtiroler hochschülerschaft waltherhaus bozen

trieb (Bauern-, Hotel-, Handelsbetrieb) des Mannes mitzuarbeiten.

4 So schreibt Marina Bianchi in diesem Zusammenhang: "Le caratteristiche della produzione femminile vengono fuori molto bene, nell'analisi dell'itinerario continuo di lavoro professionale salariato e lavoro familiare, nelle capacità di far quadrare quotidianamente le due dimensioni. Questo risultato è perseguito con successivi aggiustamenti e compromessi, e raggiunto a condizione che esistano sufficienti margini di compatibilità tra una sfera e l'altra. A questo proposito, la ricerca da parte delle donne della massima conciliabilità possibile del ruolo ex-

tra-domestico con il ruolo familiare, — ottenuta giocando individualmente su tutti i margini consentiti dalla rigidità dell'organizzazione capitalistica quotidiana — emerge come elemento comune nella condizione delle lavoratrici in diversi paesi."

Aus „Inchiesta“ Nr. 27, Jahrgang VII.

5 Diese in der Substanz richtige Feststellung kann hier etwas oberflächlich erscheinen, doch kann aus Platzgründen nicht näher auf die Familienpolitik der Landesverwaltung eingegangen werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die schon zitierte Untersuchung Deliago-Teutsch, ab Seite 151.

christoph baer
richard erfacher
reinhold janek
wolfgang kappfinger
norbert c. kuser
gerhard kofler
roland kristanell
peter hloyd
friedrich lottersberger
margherita maierhofer
ulrich matha
gerhard mumelter
siegfried nitz
volker oberegger
leonhard paulmichl
konrad rabensteiner
siegfried de rachewiltz
herbert rosendorfer
kuno scyr
gottfried soldierer
luis stefan stecher
markus vallazza
günter winter
joseph zoderer

Erhältlich in
Buchhandlungen und
bei der Südtiroler
Hochschülerschaft
Bozen,
Waltherhaus

neue literatur aus südtirol

SH 1970

Schwangerschaftsabbruch in Südtirol

SKOLAST: In letzter Zeit wurde in Südtirol viel zum Thema des Schwangerschaftsabbruches und ihrer gesetzlichen Regelung geschrieben. Man kann nicht gerade behaupten, daß es sich dabei um einen offenen, fairen Meinungsaustausch zwischen den Gegnern und den Befürwortern gehandelt habe. Die Meinungen der Befürworter des neuen Gesetzes zur Schwangerschaftsunterbrechung wurden meist von vornherein hingestellt, als seien sie lediglich Konsequenz einer allzu leichtfertigen und verantwortungslosen Einstellung zum Leben, ohne daß die Befürworter selbst in ausreichender Weise dazu zu Wort kommen konnten.

MORODER: Ja, das stimmt. Was mich betrifft, so habe ich es als meine Pflicht als Arzt aufgefaßt, den Bedürfnissen der Frauen, die es auf diesem Gebiete gibt, entgegenzukommen. Es entspricht aber auch meiner persönlichen grundsätzlichen Einstellung, daß es eine gesetzliche Möglichkeit zur Unterbrechung der Schwangerschaft geben soll. Das Gesetz selbst weist einige positive Aspekte auf, ist aber auch nicht ganz frei von Mängeln. Positiv vor allem ist die Tatsache, daß die letzte Entscheidung der Frau selbst überlassen wird. Ich sehe dies vor allem durch die Praxis bestätigt. Natürlich bedeutet Selbstbestimmung noch nicht, daß man die Frau alleine dastehen läßt. Es braucht vielmehr eine Reihe von Hilfen, die ihr gegeben werden müssen und die ihre Selbstbestimmung erst effektiv machen. Die Mängel haben sich vor allem erst in der Praxis so richtig gezeigt. Ich möchte vor allem an die konkrete Handhabung der Möglichkeit zur Verweigerung aus Gewissensgründen erinnern. Natürlich bin ich nicht gegen diese Möglichkeit an sich, sofern sie einem ehrlichen moralischen Bedenken gerecht wird. Es sollte jedoch eine Kontrolle über die Echtheit dieser Gewissensgründe geben. Viele Frauen werden gerade durch eine Boykottierung des Gesetzes zu weiterer illegaler Unterbrechung ihrer Schwangerschaft gezwungen. Dies hat vor allem zur Folge, daß die Frau keine Beratung irgendeiner Art erhält. Eine solche Beratung ist sowohl vor als auch nach dem Schwangerschaftsabbruch notwendig. So kommen beispielsweise Frauen zu uns, die aus medizinischer Unwissenheit glauben, abtreiben zu müssen. So etwa Frauen, die der Meinung sind, bestimmte eingenommene Medikamente hätten ihre Schwangerschaft geschädigt. Aber ebenso braucht es die Beratung nach

dem Eingriff, so gerade bei der Anrathung geeigneter Empfängnisverhütung. All diese Informationen können bei einer illegalen Abtreibung nicht erhalten werden, da ja hier eine solche Unwissenheit gleichsam eine der Voraussetzungen des Geschäftes ist.

SKOLAST: Wie erklären Sie sich, daß ein so geringer Prozentsatz der Südtiroler Ärzte bereit ist, Abtreibungen vorzunehmen und umgekehrt sich ein sehr großer Teil auf den Artikel 9 des Gesetzes (Verweigerung aus Gewissensgründen) berufen hat?

MORODER: Dazu möchte ich sagen, daß der Prozentsatz unter den Frauenärzten sehr niedrig ist, daß jedoch die Mehrzahl der Ärzte allgemein im Bozener Krankenhaus beispielsweise für die effektive Anwendung des Gesetzes ist. Nun, wenn man sich nicht weigert, Schwangerschaftsunterbrechungen vorzunehmen, dann muß man eine Menge Nachteile, auf keinen Fall Vorteile, in Kauf nehmen. Viele Gewissensverweigerungen sind sicherlich nicht echt. Viele Ärzte haben beispielsweise als Argument vorgebracht, die Selbstbestimmung der Frau würde ihnen die Entscheidungsfreiheit nehmen, während sie es für unerlässlich crachten, selbst die Indikation stellen zu können. Dieses Argument scheint mir zumindest für die Rechtfertigung einer Weigerung aus Gewissensgrün-

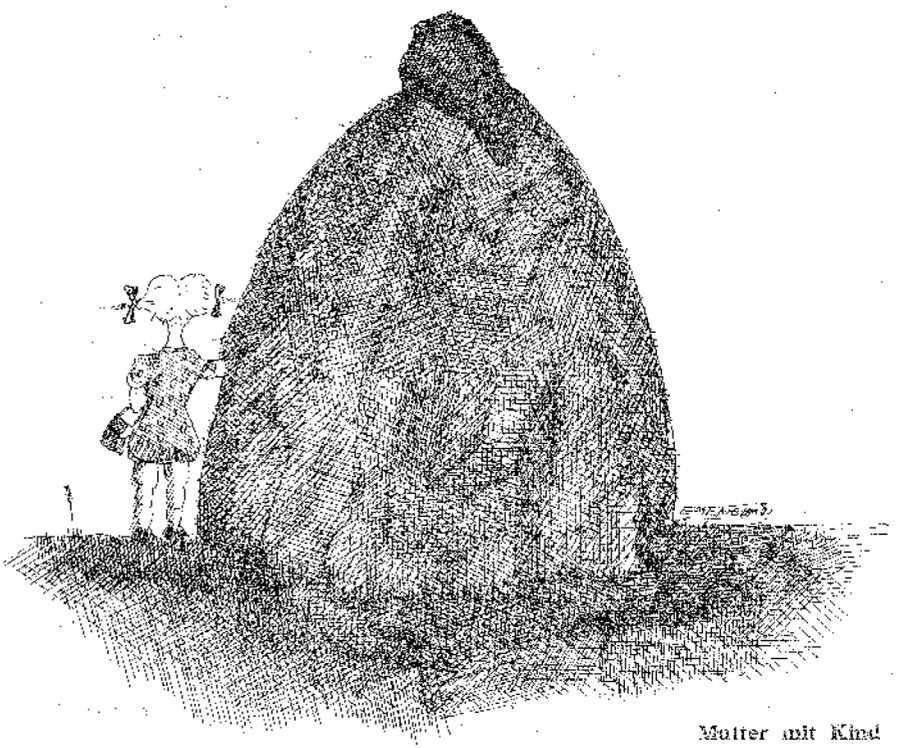
den nicht haltbar zu sein, obwohl diese Position durch die Südtiroler Ärztekammer unterstützt wird.

SKOLAST: Es besteht kein Zweifel, daß die Verweigerung aus Gewissensgründen als Konsequenz einer ehrlichen Moralauffassung voll respektiert werden muß und vom Gesetz auch voll anerkannt wird. Gleichwohl muß das Recht auf Gewissensfreiheit auch für jene gelten, die dieses Gesetz grundsätzlich bejahen. Statt dessen wurden Sie und Ihre Kollegen in Südtirol Zeitscheiße einer harten Verleumdungskampagne. Wie hat sich das auf Sie ausgewirkt?

MORODER: Diese Verleumdungskampagne hat es gegeben, das stimmt. Ich habe aber auch eine große Zahl von Solidaritätsbekundungen erhalten, die mir das berechtigte Gefühl gaben und geben, daß die Mehrheit der (zumindest weiblichen) Bevölkerung auf meiner Seite steht. Aus diesem Grunde habe ich diese Kampagne nicht so stark empfunden.

SKOLAST: Die nationale Ärztekammer erklärte, daß sowohl die Bereitschaft zur Schwangerschaftsunterbrechung als auch die Verweigerung aus Gewissensgründen in gleicher Weise den Grundsätzen des ärztlichen Berufsethos gerecht werden. Die Südtiroler Ärztekammer hingegen sprach sich offen gegen das Gesetz aus und unterstrich dabei, die Aufgabe des Arztes bestehe darin, das menschliche Leben vom Anfang bis zum Ende zu verteidigen.

Was sagen Sie dazu und inwiefern fühlen Sie sich an die Stellungnahme der Südtiroler oder der nationalen Ärztekammer gebunden?



Mutter mit Kind

MORODER: Für mich ist weder die Stellungnahme der Südtiroler noch jene der nationalen Ärztekammer bindend, weil es nicht in die Aufgabe der Kammer fällt, jemandem die Einhaltung eines Staatsgesetzes an- oder abzuraten. Sie hat über die Anwendung des Gesetzes zu überwachen. Vom Inhalt her bin ich natürlich mit der Aussage der nationalen Ärztekammer einverstanden. Auch stimmt es natürlich, daß der Arzt das menschliche Leben vom Anfang bis zum Ende schützen muß. Aber was heißt das schon konkret? Das müßte nämlich erst noch geklärt werden. Allerdings würde dies im Rahmen eines Interviews zu weit führen.

SKOLAST: Gut. Nun ist das Gesetz seit einigen Monaten in Kraft und auch in Südtirol wird es mit Schwierigkeiten allmählich angewandt.

Weiche konkreten Erfahrungen haben Sie bisher gemacht?

MORODER: Bei der konkreten Anwendung hat es allerlei Schwierigkeiten gegeben. So etwa sorgte auch die Frist von sieben Tagen, die der Frau auferlegt sind, für einige Probleme. Denn je schneller ein Eingriff erfolgt, desto besser ist es. Manchmal wird gerade durch die obligatorische Einhaltung dieser sieben Tage die Dreimonatsfrist überschritten und wir müssen dann die Frau abweisen.

SKOLAST: Konnten Sie feststellen, daß diese sieben Tage Überlegungsfrist tatsächlich ihrer Funktion gerecht wird? Ändert sich in der Entscheidung der Frau in diesen sieben Tagen etwas?

MORODER: Nein, es ändert sich allgemein nicht viel. Eine Überlegungszeit mag ja recht sein, aber sieben Tage sind entschieden zu viele. Auch ist die Entscheidung der Frau meist schon gefallen oder sollte, wenn schon, viel früher beeinflußt werden.

Weiters ergaben sich auch technische Schwierigkeiten, die den Eingriff betreffen. Wir sind nicht immer mit den modernsten Methoden vertraut.

SKOLAST: Werden in Ihrem Krankenhaus die moderneren Methoden bereits angewandt?

MORODER: Zum Teil leider eben noch nicht. Teilweise werden moderne, teilweise aber auch ältere Methoden und Instrumente verwendet. Wir müssen uns erst noch umsehen, etwa in den Ländern, in denen der Schwangerschaftsabbruch seit vielen Jahren schon legalisiert ist. Sehr problematisch ist der Mangel an Personal und Räumen. Sie wissen, in Südtirol kann man nur in Bozen und Meran Schwangerschaftsunterbrechungen durchführen lassen, und dies durch lediglich drei Frauenärzte: Dr. Sottocorona, durch mich und Dr. Gallmayer in Meran. Wie gesagt, nur in den zwei größten Orten Südtirols können heute Schwangerschaftsunterbrechungen vor-

genommen werden, obwohl die Krankenhausverwaltungen zur Anwendung des Gesetzes verpflichtet sind.

Es fehlt ganz allgemein an Strukturen, nicht nur für die Schwangerschaftsunterbrechung, sondern auch für andere Aspekte der Frauenmedizin, so etwa für die Geburten. Besonders fehlt es an Infrastrukturen. Ich habe den Eindruck, daß bei uns für die Frauenmedizin im allgemeinen nicht viel getan wird, es scheint das politische Interesse dafür zu fehlen. Statt dessen müßte alles viel effizienter gestaltet werden.

SKOLAST: Haben Sie in diesen Monaten Tätigkeit eine Bestätigung dafür erhalten, daß die Abtreibung wirklich ein Problem auch in unserem Lande darstellt?

MORODER: Selbstverständlich. Wir haben bereits Frauen aus den entlegensten Dörfern unseres Landes zum Schwangerschaftsabbruch hier gehabt. Meist handelt es sich um ganz einfache Frauen, die vor allem durch ihre Uniformiertheit zu einer unerwünschten Schwangerschaft gekommen sind. Es handelte sich also meist um Frauen, die nicht als „leichtfertige Wesen“ bezeichnet werden können, ja die sich oft sogar als streng katholisch bezeichnen.

Meist waren es Schwangerschaften von Frauen, die als einzige Empfängnisverhütung den „Koitus interruptus“ oder sehr unkontrolliert die Ogino-Knaus-Methode praktizierten. Wir haben noch keine Pille- oder Spirale-Schwangerschaft gehabt.

Einige konkrete Probleme ergeben sich natürlich unabhängig vom Gesetz. Wenn beispielsweise Frauen oder Mädchen ins Krankenhaus zu einer Schwangerschaftsunterbrechung kommen, dann müssen sie meist ihrer Familie oder der Umwelt ihren Krankenhausaufenthalt erklären oder sie fürchten, erkannt zu werden. Das mag auch dazu führen, daß jemand es bevorzugt, illegal abzutreiben. Dieses Problem kann wohl nur dadurch gelöst werden, daß man den Krankenhausaufenthalt abbaut und diese Fälle

ambulant behandelt. Auch kommt es vor, daß Frauen in unsere Abteilung eingeliefert werden, die zuvor einem illegalen Eingriff sich unterzogen haben, der dann nicht geklappt hat. Das zeigt ebenfalls, daß es illegale Abtreibungen gibt.

SKOLAST: Glauben Sie, daß dieses Gesetz einen Anstoß dazu geben wird, daß zumindest der Kampf um eine gezieltere und kontrolliertere Verbreitung und Anwendung der Verhütungsmittel neue Impulse erhält?

MORODER: Im letzten Augenblick haben sich gewisse Leute — vor allem aus katholischen Kreisen — als große (meist scheinheilige) Verteidiger der Empfängnisverhütung ausgegeben. Aber bisher scheint der Wille nur verbal zu existieren, die Tatsachen lauten anders. So hat die Provinz Bozen noch immer nicht für eine Anwendung und Durchführung jenes Staatsgesetzes gesorgt, das seit 1975 die Familienberatungsstellen (gerade auch mit Aufgaben in der Empfängnisverhütung) vorsieht. Man scheint vor einem ideologischen Hintergrund gegen eine Bevölkerungsplanung zu sein, weil dies anscheinend dem Fortbestand der Minderheit schädlich sein sollte. Auch die Kirche verfügt beiläufig nicht über eine klare Position zu den Mitteln der Empfängnisverhütung. Dies alles hat in der Bevölkerung eine gewisse Aggression gegen Verhütungsmittel aufkommen lassen, was mit ein Grund für die Abtreibung in unserem Lande sein mag.

Dieses mangelnde Interesse oder die Abneigung gegen Familienplanung hat natürlich zur Folge, daß es an Strukturen und Personal fehlt. Die Empfängnisverhütung und das richtige Verständnis dafür muß kapillar in die Bevölkerung hineingetragen werden, wenn sie einen Sinn haben soll. Zudem braucht es gutes nichtärztliches Personal. Die Ärzte sind heute vielfach hoffnungslos überfordert und können daher ihren Aufgaben in der Information nicht immer richtig nachkommen. Aber wie gesagt, es muß nicht unbedingt ärztliches Personal sein.

UDI — wer wir sind

Aus den „Gruppi di difesa della donna“, welche neben den Partisanen einen bewaffneten Kampf gegen den Faschismus geführt hatten, entwickelte sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit die UDI — Unione Donne Italiane. Sie vertritt von Anfang an ein allgemeines emanzipatorisches Programm, dessen Hauptforderung die Eingliederung der Frauen in den Produktionsprozeß, die Umverteilung der häuslichen Arbeiten und Aufgaben und die rechtliche Gleichstellung der Frau sind.

1945 entstand in Bozen die erste UDI-Gruppe, die sich mit dem Problem der verlassenen, hungrigen Waisenkinder befaßte. Ein für die Zeit leistungsfähiger Kindergarten sicherte 80 bis 120 Kindern täglich eine Mahlzeit. 1947 erweiterte sich die Gruppe, die, nebst dem Kindergarten, sich auch der alten Frauen im Krankenhaus und der arbeitslosen Frauen annahm. Man zielte auf die Umschulung der Frauen durch Strick-, Schnitt- und Nähkurse, durch Maschinschreib- und Kurzschriftkurse. Für schwächere Schüler organisierte

man Nachholkurse für alle Deutschkurse.

Jeden 8. März (internationaler Frauentag) war ein fröhliches, festliches Zusammentreffen.

Und dann kamen die Jahre des „Kalten Krieges“. Die aktivste Mitarbeiterin wurde versetzt und viele Frauen zogen sich langsam zurück. Einige der früheren Initiativen (die Kurse für die Umschulung) wurden eingestellt, dafür führte die alte Garde alle Kämpfe, die vom nationalen UDI vorgeschlagen wurden. Die Gruppe organisierte unter anderem Fahrten nach Rom und nach Florenz, um an den großen Kundgebungen des UDI teilzunehmen.

Ganz konkret wurde an dem Kindergarten weitergearbeitet, im Gebäude des Ist. Magistrale. Es war ein avantgardistischer Versuch, für damals, denn er bezog den Deutschunterricht, die Vollzeitbeschäftigung, den engen Kontakt mit der Gesellschaft durch Ausflüge und Besichtigung der Stadt, durch Versammlungen mit den Eltern und durch die direkte Hilfe derselben im Unterricht ein. Viele dieser Initiativen wurden von der Gemeinde in den Durchführungsbestimmungen der Kindergärten aufgenommen, als 1973 die Verwaltung vom Staat zu den Regionen überging. Nur der Deutschunterricht, der bis dahin erfolgreich im UDI-Kindergarten verwirklicht worden war, wurde abgelehnt, denn das Autonomiestatut sieht den Unterricht der zweiten Sprache erst ab dem sechsten Lebensjahr vor.

Im selben Jahr überließ die UDI ihren Kindergarten der Gemeinde Bozen und blieb nur mehr im antifaschistischen Komitee aktiv.

1974 führte sie mit allen anderen progressiven Kräften eine erfolgreiche

Kampagne bei der Volksabstimmung über die Ehescheidung.

Im Jänner 1978, gleich nach dem X. nationalen UDI-Kongress, startete die UDI eine regelrechte „Offensive“. Durch Stadtviertelversammlungen und Treffen in den Dörfern begriff sie die Neuheit der Bedürfnisse der Frauen und faßte sie in einige Themen, die auf dem Landeskongress im April 1978 zur Debatte standen, zusammen.

Der Kongress, der bei sehr vielen Frauen Anklang gefunden hat, war ein voller Erfolg. Seitdem ist die Bewegung stark gewachsen und es haben sich bereits einige Ortsgruppen gebildet.

Damit hat sich aber auch gezeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen den Frauen, die in der Stadt, und denen,

die auf dem Lande leben, sehr schwierig ist. Der Gegensatz Stadt-Land, die verschiedenen Verhaltensweisen der Frauen, die damit verbunden sind, scheinen unüberbrückbar zu sein. Wichtigste Aufgabe des UDI/SFB wird sein, die Situation der Frauen in den Tälern zu erfassen, um sie in seinen Kampf für die Emanzipation einzubeziehen. Manchem scheinen die Zeiten dazu nicht reif (und wären es wahrscheinlich nie...), aber wir glauben: „Die Zeiten der Frauen sind die Zeiten, die die Frauen sich geben...“

Einstweilen widmen wir uns folgenden Themenkreisen: Schulprobleme, Frauenberatungsstellen und Schwangerschaftsunterbrechung, soziale Dienstleistungen, Situation der Frau.

Entstehung und Tätigkeit der AIED-Beratung in Südtirol

Im Winter 1971/72 schlossen wir uns, einige Frauen in Bozen, zusammen, um eine feministische Gruppe zu gründen. Im Laufe von Gesprächen stellte sich heraus, wie groß die Unkenntnis über den eigenen Körper sowie über sexuelle Probleme, Schwangerschaftsverhütung, Partnerschafts- und Familienprobleme war.

Da uns diese Situation sehr unbefriedigend erschien, versuchten wir durch Lektüre, Vorträge, Tagungen, Diskussionen usw. uns das nötige Wissen anzueignen. Dabei verspürten wir immer stärker den Wunsch, diese neu erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben und allen Frauen bessere Informationsmöglichkeiten zu

bieten. Es reifte der Gedanke, eine Beratungsstelle zu eröffnen. Nachdem die AIED (ass. ital. educazione demografica) schon eine zwanzigjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Empfängnisverhütung hatte, nahmen wir mit ihr Verbindung auf und konnten dann nach einigen Schwierigkeiten (finanzielle, Raumsuche usw.) im Herbst 1973 mit unserer Tätigkeit beginnen. Wir fanden auch zwei Frauenärzte, die bereit waren, unentgeltlich mitzuarbeiten und die uns außerdem für ein paar Monate in Abendkursen Unterricht erteilten.

Der Zustrom war anfangs sehr gering. Wir veranstalteten zwei öffentliche Versammlungen, druckten Plakate und warben für die Beratungsstelle. Nach einem halben Jahr lief die Sache ganz gut. Bei den Frauen, die nun zu uns kamen, machten wir die gleichen Beobachtungen, die wir zwei Jahre zuvor bei uns gemacht hatten, und zwar, daß die Unkenntnis über Verhütungsmittel, zurückzuführen auf fehlende Information, unwahrscheinlich groß war (und natürlich auch noch ist). Ihre Erfahrung mit den Frauenärzten war zum größten Teil negativ, denn sie bekamen ungenügende und manchmal sogar falsche Informationen über Verhütungsmittel; die Behandlung war oft demütigend, und für geringe Leistung wurde ein zu hohes Honorar verlangt. Diese Aussagen der Frauen sahen wir wiederum bestätigt, als wir dieses Jahr eine Befragung unter den Frauenärzten durchführten. Das Ergebnis war zum Teil beängstigend. Manche Ärzte preisen sogar Verhütungsmittel als sicher an, von denen längst hohe Versagerquoten festgestellt wurden. Wenn die Frau dann schwanger wird, ist das ja ihr Problem, denn damit will man dann nichts mehr zu tun haben.

Wir wurden leider sehr oft mit dem Problem der Schwangerschaftsunterbrechung konfrontiert und es hat uns

Mit Hilfe (oft aber auch durch scharfe Auseinandersetzungen) der Gewerkschaften und der parlamentarischen Linken, errang die UDI folgende Siege:

1950 -- Mutterschutzgesetz

1958 -- Merlin-Gesetz

1961 -- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

1963 -- Entlassungsverbot aufgrund der Eheschließung
-- Recht auf Zutritt zu jeder Laufbahn
-- Hausfrauenrente

1968 -- Abschaffung des Paragraphen des Strafgesetzbuches, der nur die Untreue der Frau bestraft

1970 -- Ehescheidungsgesetz

1971 -- Abschaffung des Artikels Nr. 553, welcher Propaganda für Empfängnisverhütungsmittel verbietet
-- Gesetz über die Kinderhorte
-- Neues Mutterschutzgesetz

1972 -- Neuregelung des Familienrechts

1973 -- Gesetz zum Schutz der Heimarbeit

1974 -- Dank dem „Nein“ aller Frauen wird das Ehescheidungsgesetz nicht außer Kraft gesetzt

1975 -- Gesetz zur Institutionalisierung der Beratungszentren

1978 -- Gleichstellung von Mann und Frau im Beruf

-- Bestimmungen zum Schutze der Mutterschaft und zur freiwilligen Schwangerschaftsunterbrechung.

immer (bis heute) große Schwierigkeiten bereitet. Es ist ja unser Anliegen, daß die Frau diese für sie so schwierige Situation sowohl physisch wie auch psychisch bestmöglichst hinter sich bringen kann und das war bei der Lage vor dem neuen Gesetz (mit dem wir überhaupt nicht einverstanden sind) selten möglich. Wir kämpften mit allen Mitteln für eine freie, unentgeltliche Schwangerschaftsunterbrechung, um erstens endlich den schmerzhaften Geschäftsmachern ein Ende zu bereiten (es liegen uns Aussagen von Frauen vor, die für heimliche Abtreibungen ohne Narkose bis zu 800.000 Lire bezahlt haben) und zweitens die Frau aus dieser entwürdigenden Abhängigkeit zu befreien. Entgegen den Behauptungen vieler (z.B. „Dolomiten“: AIED-Vorkämpferin in Sachen Abtreibung) ist die freie, unentgeltliche Schwangerschaftsunterbrechung nicht unser Hauptanliegen, sondern wir beschäftigen uns mit umfassenden Fragen. Den Anstoß zu verschiedenen Aktionen bekamen wir vielfach von Personen, die zu uns in die Beratungsstelle kamen.

Z.B. verteilten italienische Studenten unsere Broschüre über Empfängnisverhütung in den höheren Schulen und baten uns daraufhin, Aufklärungsarbeit an den Schulen zu organisieren. Weiters äußerten immer mehr Frauen den Wunsch, von uns während der Schwangerschaft betreut zu werden. Inzwischen haben wir schon die dritte Gruppe von Schwangeren (bis zu zehn Frauen), die sich immer in Abständen mit einer Hebamme und einer Kinderärztin (Mitglieder unserer Gruppe) trifft. Ängste, Unsicherheiten und andere Schwierigkeiten, die manchmal während der Schwangerschaft auftreten, können hier gemeinsam in der Gruppe besprochen werden.

Einen Erfolg unserer Tätigkeit sahen wir darin, daß uns viele Frauen, die über die Beratungsstelle zu uns gekommen sind, bei Demonstrationen (Abtreibungsboykott, Gewalt gegen die Frau) und anderen Aktionen ihre Solidarität gezeigt haben.

Da wir bis heute leider die einzige Beratungsstelle in Südtirol betreiben, ergaben sich für uns naturgemäß Probleme, die mit unserer eigentlichen Zielsetzung nicht immer konform liefen. Der große Zustrom (850 Personen aus verschiedenen Sprachgruppen 1977/78) erschwerte es uns manchmal, unsere Vorstellungen zur Gänze zu verwirklichen.

Wir wollen in erster Linie die Frau erreichen. Im Gespräch mit ihr ihre Probleme klären und ihr Hilfsmittel (theoretisch wie praktisch) geben, damit sie bewußter und freier über sich entscheiden kann.

Was wir nicht wollen ist, der Landesregierung die Pflicht abnehmen, diese notwendigen und vom Gesetz vorgesehenen Beratungsstellen einzurichten.

AIED

Marlies Gasser

Die Frau in einer vom Mann beherrschten Gesellschaft

Die Situation von uns Frauen in Südtirol unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der Lage der Frauen auf der ganzen Welt. Wir sind in eine Kultur hineingeboren worden, in der das Patriarchat herrscht.

Wie oft müssen wir uns sagen lassen: „Du bist ja nur ein Mädchen“, ja, sogar selber denken wir es, so verurteilt ist das Minderwertigkeitsgefühl der Frauen im gesellschaftlichen Bewußtsein.

Sind wir wirklich von Natur aus minderwertiger als die Männer, oder liegt es an der unterschiedlichen Erziehung der beiden Geschlechter?

Wir sind im großen und ganzen ein Produkt unserer Erziehung. Ein Kind mit drei bis vier Jahren ist schon ein Abbild unserer Kultur, das heißt, es ist von uns in dieser kurzen Zeit nach einem gewissen Schema er- oder verzogen worden. Das letztere gilt vor allem für das Mädchen; diesem wird schon von Kindheit an jede Individualität abgesprochen. In erster Linie ist ein Mädchen nur ein Objekt, es muß vor allem gefallen, es zählt die Schönheit, nicht die Intelligenz, es soll nur für andere da sein, auf persönliche Ansprüche verzichten.

Das unbewußte Vorbild für jedes Mädchen ist seine Mutter. Diese ist an das Haus gekettet und zu Diensten der übrigen Familie.

Das Mädchen beneidet die Möglichkeit des Jungen beim Spielen. Während dem Jungen unzählige Spielsachen vom Auto bis zum Schiff, vom Stall bis zum Indianerspiel offen sind, bleibt für das Mädchen die Puppe, die Puppenküche, der Kaufladen, ihr „Interesse“ beschränkt sich auf das Haus. Dem Jungen kann es bestenfalls bei seinen interessanten Spielen z.B. Eisenbahn zusehen und ihm kleine Dienstleistungen verrichten.

Auch bekannte Kindermärchen bestätigen diese Haltung der weiblichen Figuren: sie sind immer passiv, untauglich, ohne Absichten und ohne Ideale, außer sich einen Mann zu erobern, „der sie glücklich macht“. Kommt einmal eine Frau vor, die etwas leistet, so ist es eine Hexe...

Schon früh macht sich der Konflikt im Mädchen bemerkbar, der zwischen ihrer eigenen Individualität und ihrer Rolle als Frau besteht, dieser besteht beim Jungen nicht, seine menschliche Bestimmung und sein Geschlecht sind von Kindheit an im Einklang mit seiner späteren Rolle in der Gesellschaft.

Das ist es, was uns Frauen fehlt, die Individualität, das Eigenleben.

Wir sind auch als Erwachsene nur ein Objekt in den Händen der Männer. Wieviel Geschäft wird mit unserem Körper gemacht. Wir überlassen unse-

ren Körper den Frauenärzten, die über uns verfügen, als ob sie einen weiblichen Körper besser kennen würden als wir Frauen selbst, sie besitzen nur theoretisches Wissen.

Unser Körper wird zur Maschine degradiert, zur Gebärmaschine, -- Bevölkerungspolitik wird mit unserem Körper gemacht.

Was verdient die Kosmetikindustrie, was die pharmazeutische Industrie an unserem Körper.

Unser Körper wird verkauft an Fotografen, an Illustrierte...

Wir Frauen müssen unsere Individualität wiedergewinnen, indem wir unseren Körper akzeptieren, ihn beobachten, seine Organe und seine Funktionen kennenlernen, indem wir unsere Gefühle, unsere Wünsche entdecken und vor allem lernen, sie zu artikulieren. Das alles kann sich nur im Gespräch unter uns Frauen entwickeln. Wir sollten uns mehr über unsere eigenen Probleme unterhalten und nicht dem belanglosen Geschwätz verfallen über Kleider und über Männer.

Sobald wir unsere Persönlichkeit erlangt haben, haben wir auch unser Selbstbewußtsein wiedererlangt.

Sehen wir uns unsere Umwelt an, unsere verbaute Umwelt, die anonymen Wohnblocks, die Pflasterung der Städte und der Landschaft mit Straßen. Wohin sind wir gekommen?

Das alles ist geschehen ohne unser Zutun, ohne unsere Zustimmung. Haben wir nicht neue dringende Aufgaben und Perspektiven?

Sollen wir noch weiterhin profitierbaren Wohnbaufirmen freien Lauf lassen, sie kinder- und wohnefeindliche Ghettos bauen lassen? Was versteht ein Architekt nach seinem Studium von einer Wohnung, von einer kinderfreundlichen, wenn er sich mit den Tätigkeiten im Haushalt nicht befaßt hat, nicht mit der Erziehung der Kinder? Sollte nicht jedes Wohnbauprojekt, sofern es von Männern geplant wird, einer Frauengruppe, die sowohl architektonisch als auch hauswirtschaftlich gebildet ist, zur Genehmigung vorgelegt werden? Diese soll es nach bautechnischen und funktionellen, nach ästhetischen und praktischen Gesichtspunkten genauestens überprüfen.

Dann würden nämlich manche Unannehmlichkeiten in der Wohnung nicht mehr vorkommen: Wo soll die Frau oder der Mann bügeln und nähen, nicht in der winzigen Küche, nicht im repräsentativen Wohnzimmer; wo sollen diese die Wäsche aufhängen, laut Hausordnung ist der Balkon nicht für solche Zwecke vorgesehen; wo sollen die Kinder spielen, wo dürfen sie laut

lachen und wo herumhüpfen, wo dürfen sie sich entfalten und ihre Persönlichkeit zum Positiven hin entwickeln?

Wir Frauen dürfen uns nicht länger aus der gesellschaftlichen Tätigkeit heraushalten lassen, wir müssen das gemeinsame Leben von Frau und

Frau sein in Südtirol

Das alte Lied „Frau zu sein bedarf es wenig, und wer Mann ist, der ist König“, wird in Südtirol nicht mehr gesungen. Die armen, verachteten Sklavinnen, die man unten im Wallischen findet, gibt es bei uns nicht, oder? Na also! Die Soldaten, die einem nachspießen, sind auch alle von unten, unsere Männer achten die Frauen.

Und die DM-Touristen würden sich auch nie so unverschämte benehmen, wie es die Pappagalli rund bei uns sind. Frauen nette Kameraden, die dem Mann bei seinem Existenzkampf hilfreich zur Seite stehen.

Diskriminierung am Arbeitsplatz ist, so hört man, auch selten. Südtiroler Arbeitgeber sind nette, fortschrittliche Leutchen; gleiche Arbeit, gleicher Lohn, das ist doch (fast) logisch. Schöne Kindergärten, Marke „Stille Hilfe“, sind auch einige da, damit die Frau zwecks Arbeit (oder sollte es Vergütungen sein?), ihrer heiligen Mutterpflicht entgegen kann. Was will sie mehr?

Sicher, die Männer haben immer die besseren Stellungen, aber sie können auch mehr leisten. Und für die Verantwortung sind sie wie geschaffen... Auch kann man einer Frau ihrer psychischen und körperlichen Besonderheit wegen (normal ist der Mann) nicht alles zumuten. Am Fließband oder beim BH-verkaufen stört die Unpäßlichkeit ja nicht so, aber als leitender Angestellter oder Mercedes-Verkäufer... Gewisse Berufe sind überhaupt unweiblich; sie verrohen eine Frau nur!

In der Politik macht man schon lange Gleichberechtigung — auch unsere Partei hat die Frau schon seit langem entdeckt! Unsere (männlichen) Volksführer haben eine Frauenabteilung geschaffen, da diskutieren unsere Frauen ungestört über die Schö(n)lichkeit der Sexaufklärung in der Schule. (Wie machen sie das wohl in Bayern?) Sogar eine Assessorin haben wir, die klümmert sich um unsere Gesundheit. Um die Verwaltung, den Kampf gegen Rom und Kommunismus kümmern sich die Männer, die sind ja so klug. Daß Männer mehr Macht haben — kurz, wichtiger sind — verlangt auch die heilige Tradition: schon im Himmel kommen Vater, Sohn und Heiliger Geist vor der Muttergottes.

Auch kulturell ist das Leben schön. Man beachte nur einmal das reiche Angebot an in- und ausländischen Radio-

Mann mitgestalten, mitbestimmen! Literatur:

Elena Gianini Belotti, Dalla parte delle bambine, Feltrinelli 1977.

Elisabeth Dessai, Kinderfreundliche Erziehung in der Stadtwohnung, Pöschel-Band 1596.

und TV-Sendungen, besonders die speziellen „für die Frau“ oder die Zeitschriften (wie bin ich im Büro nett angezogen?). Der zahlenmäßig stärkste Kulturträger des Landes, unsere Schützlinge, ist, wie die weiblichen Mitglieder beweisen, sehr emanzipatorisch — vielleicht gibt es bald eine Bundesmajorität?

Studieren dürfen auch viele Mädchen, gute 20 Prozent. Wer nicht studieren mag, kann sich in Kino und Theater den Horizont erweitern lassen (Sexfilme sind schön...).

Zusammenfassend: Wozu brauchen wir Feministinnen, uns geht es gut. Feministinnen sind überspannt, die wollen womöglich noch gemischte Klos! Und Abreibung, das ist eine egoistische Gemeinheit, die armen Kinderlein! Nofalls kann man sie ja weggeben... Das Übel muß man an der Wurzel packen: Der Sex ist tot, es lebe die Enthaltensankel!

Gretchen

Leserbrief

Vor lauter Glaube an eine (sich selbst beklagenswerte) „Polarisierung“ der Meinungen in Südtirol neigt anscheinend mancher dazu, jedes journalistische Produkt an einen bestimmten „politischen Pol“ zu „verbanen“. Nun gut, wer's anders nicht kennt oder nicht kennen will...

Aber genau hinhören und zitieren sollte man halt doch können (und wollen), bevor man strenge Zensuren in Objektivität und Toleranz ausrückt. Ich weiß nicht, ob es von allgemeinerem Interesse ist, wenn ein Herr „N. O.“ eine ganze Reihe von SKOLAST-Zitaten (Nr. 3, Seite 17, „Forumdiskussion im Waltherhaus“) an mich und einen meiner „Mittagsmagazin“-Beiträge verschwendet. Ich weiß nur, daß die Beschuldigung mangelnder journalistischer Sauberkeit in den drei konkreten Punkten, wo N. O. diesbezüglich meinen Namen nennt, auf ihn selbst zurückfällt.

Sollte sich N. O. tatsächlich nicht bewußt sein, daß er ziemlich schwere berufliche Vorwürfe mit nichts anderem „untermauert“ hat als mit zwei grundfalschen Zitaten und einer kleinen Unterstellung, so ist er herzlich eingeladen, in die RAI zu kommen und sich das Originaltonband des „Mittagsmagazins“ vom 1. Juli anzuhören.

G. Schedereit
RAI-Journalist

FÖHN

Zeitschrift fürs Tiroler Volk 1/78
Bergbauern

„Der Föhn bringt viel Leben ins Land Tirol. Er bringt die Leute durcheinander und verursacht Kopfwahl. Manch einer merkt vielleicht gar nur zu Föhnzeiten, daß er einen Kopf hat. Wenn der Föhn einmal alle Scheinhelligkeit weggeblasen hat: was bleibt dann übrig vom wackeren Tiroler?“

Die Redaktion ist bemüht, Themen aufzugreifen, die den herkömmlichen Blättern entweder zu heiß oder kommerziell zu wenig profitabel erscheinen.

Redaktion für Österreich:
Markus WILHELM
Adolf-Pichler-Platz 6/2
A-6020 Innsbruck

Redaktion für Südtirol:
Gunther WAIBL
Alpinstraße 6
I-39031 Bruneck

Einzelheft und Abonnementbestellungen bei der jeweiligen Redaktion!

Zahlungsmöglichkeit:
— Südtiroler Landessparkasse
Kontokorrent Nr. 778200
lt. Waibl

— Österr. Postsparkasse
Nr. 1635.089 lt. Wilhelm

Einzelheft Lire 1.800 8S 30
Abonnement Lire 3.400 8S 100

Nächstes Heft: „Fremdenverkehr“
Beiträge aller Art erwünscht!

Museen in Südtirol

Verstaubte Kuriositätenkabinette oder Zentren roter kultureller und wissenschaftlicher Arbeit?

Über die Museen wird in unserem Lande praktisch nur in einem engen Kreis von Kulturspezialisten diskutiert. In den Medien wird auf dieses Thema praktisch nie eingegangen und diese Einrichtungen führen bei uns nur ein Schattendasein. Auch viele Leser werden zugeben müssen, daß sie unsere Museen kaum oder überhaupt nicht kennen. Es soll deshalb versucht werden, auf diesem Gebiet einen kurzen kritischen Überblick zu geben, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Um die Stadtmuseen kümmern sich die Stadtverwalter nicht

Die Stadtmuseen in Meran und Bozen sind für die Verwalter nur ein Problem der ordentlichen Verwaltung, das sich als Ausgabenposten für Personal, Heizung und Reinigung im jährlichen Haushaltsplan niederschlägt; sonst hat man in mehr als dreißig Jahren demokratischer Verwaltung praktisch alles beim alten gelassen. Beide Stadtmuseen sind so mit ihrer längst überholten Ausstellungstechnik selbst zu Museumsstücken im schlechtesten Sinn geworden. Besonders das Meraner Museum gleicht in einigen Sälen eher einer schlecht beleuchteten Kumpelkammer und viele wertvolle Exponate lagern, und das gilt auch für Bozen, in unzugänglichen Kellern.

Probleme dieser Art haben die SVP- und DC-Vertreter nie gestört und bei dem bekannten Einsatz, den diese Parteien für kulturelle Belange gezeigt haben, ist anzunehmen, daß sich auch in der nächsten Zukunft wenig ändern wird. In Bozen haben vor allem die kulturelle Trägheit und die ethnische Frontstellung es bis jetzt verhindert, daß längst fällige Erneuerungen in Angriff genommen werden könnten. Zur Zeit streitet man sich über das neue Statut des Museumskuratoriums, nachdem man dreißig Jahre verstreichen hat lassen, um mit dem Museumsverein, der Inhaber vieler Exponate ist, konkrete Beziehungen aufzunehmen. Der Dornröschenschlaf kann also weitergehen. Dabei kosten die Museen den beiden Stadtverwaltungen jährlich eine beachtliche Summe. Bozen gibt für sein Museum 1978 immerhin 64,5 Millionen Lire für die laufenden Kosten aus.

Sammlung und Schutz der sakralen Kunstwerke

Bedeutend besser ist hingegen die Lage im Diözesanmuseum in Brixen,

das sich auch der Zuwendung beachtlicher Landesmittel erfreuen kann. Zusammen mit dem Krippenmuseum und der Ausstellung des Domschatzes wird dort ein bedeutender Überblick über die sakrale Kunst in Südtirol gegeben. Gleichzeitig können in dieser Sammlung wertvolle Stücke aus den verschiedenen Landesstellen sicher verwahrt und so dem Zugriff der Kunstdiebe entzogen werden. Wegen der vielseitigen Schwierigkeiten, kirchliche Bauten entsprechend zu sichern, aber auch aus Unverständnis und Sorglosigkeit, ist es aber leider schon zu großen Verlusten gekommen.

Mit dem geplanten Ausbau der Hofburg wird die Brixner Sammlung sakraler Kunst auch über hervorragende Räumlichkeiten verfügen können.

Ein paar wertvolle Initiativen sind leider zuwenig

Unter den neueren Initiativen ist die kleine Sammlung in Gafidaur bei Klausen, das Dorfmuseum in Innichen und vor allem das neue Talmuseum in Ulten zu erwähnen. Besonders bei letzterem handelt es sich um eine Initiative, die von der Bevölkerung mit beachtlichem Einsatz getragen wird und deshalb geradezu richtungweisend für entsprechende kulturpolitische Maßnahmen auf diesem Gebiet sein könnte.

Am besten aber zeigt wohl das Beispiel der „Casa de Ladins“ in St. Ulrich, welche beachtliche kulturelle Ausstrahlungskraft auch von einem Museum ausgehen kann und wie durch verschiedene Initiativen das Interesse der Bevölkerung für diese Einrichtung wachgehalten werden kann.

Das Streben der Ladiner nach einer eigenen kulturellen Identität und die besondere Sensibilität für kulturelle Fragen, die sich im Zusammenhang mit Kunsthandwerk entwickelt hat, haben sicher zum Gelingen dieser Initiative beigetragen.

Viel kritischer muß hingegen die private Sammlung landwirtschaftlicher Werkzeuge und Geräte auf der Brunenburg in Dorf Tirol gewertet werden. Die Sammlung ist von den Exzentricker-Erben, De Rachewitz, zusammengetragen worden, von Leuten, denen wohl jede echte Beziehung zu unserer Bauern und zu unserer Tradition auf diesem Gebiet abgeht. Außerdem besteht bei solchen Sammlungen, die sich nicht in der öffentlichen Hand befinden oder gemeinnützigen Vereinigungen gehören, immer die Gefahr, daß sie aufgelöst, verkauft oder an andere Orte verlegt werden.

Das Volkskundemuseum in Dietenheim kommt nur schleppend voran

Das gegenwärtig stützige Museumsprojekt der Landesregierung, das Volkskundemuseum in Dietenheim bei Bruneck, kommt leider nur schleppend voran. Es sollte hauptsächlich der Dokumentation und Erforschung unserer bäuerlichen Tradition und Kultur dienen. Trotz der Ausplünderung der bäuerlichen Kulturgüter in den letzten Jahrzehnten sind noch wertvolle Stücke vorhanden, die es zu schätzen gilt (siehe Dr. Hans Griessmair, Gedanken zum Museum für Volkskunde, Südtiroler Bauernkalender 1976). Gerade für diese Initiative wäre die aktive Mitarbeit der ländlichen Bevölkerung von besonderer Bedeutung, doch der Bauernbund hat andere Probleme. Es ist unter anderem geplant, alte Höfe mit den Wirtschaftsgebäuden abzutragen und im Museums Gelände wieder sachgerecht aufzubauen und einzurichten. Aber mit der Beschränkung auf drei Objekte ist es nicht möglich, der Vielfalt unserer bäuerlichen Kultur einigermaßen gerecht zu werden. Außerdem entspricht das ebene Gelände nicht den vorwiegenden Gegebenheiten in unserem Lande, das ja vor allem durch die Bergbauern geprägt wird.

Für moderne Kunst und Naturwissenschaften hat man nichts übrig

Was die Sammlung moderner Kunst anbelangt, so wird auf diesem Sektor von der öffentlichen Hand praktisch nichts unternommen. Dabei wären viele Südtiroler Künstler und Sammler bereit, Werke einem Museum zu überlassen.

Auf dem naturwissenschaftlichen Bereich sind alle Projekte bis jetzt auf dem Papier geblieben. Dabei ist unser Land auch vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus äußerst interessant und vielfältig und auch auf diesem Gebiet gibt es viele eifrige Sammler, die sicher bereit wären, auch sehr wertvolle Stücke und Sammlungen einem Museum zu überlassen.

Fast einen Schildebürgerkrieg hat sich die Landesregierung mit dem botanischen Garten in Leifers geleistet, in welchen Unsummen investiert wurden. Wegen seiner ungünstigen Lage in Leifers neben der Staatsstraße wird diese Einrichtung kaum je einen Besucherstrom zu erwarten haben. Ganz im Gegensatz dazu hat zum Beispiel der botanische Garten auf dem Monte Bondone bei Trient, wegen seiner günstigen Lage und seines Artenreichtums, internationale Bekanntheit erreicht. Aber auch was die eigentlichen Museen anbelangt, ist Trient, genauso wie im Bibliothekswesen, beispielgebend. Hier seien nur das Museum für Pfahlbauten am Ledrosee, das volkskundliche Museum in San Michele,

das naturwissenschaftliche Museum in Trient und die verschiedenen Tal-schafsmuseen, so z.B. in Predazzo, erwähnt. Gleichzeitig werden im Trientino immer wieder Wanderausstellungen organisiert.

Zeitgeschichte kann warten

Ein weiterer Bereich, der vollkommen unberücksichtigt bleibt, ist die Zeitgeschichte. Auf diesem Gebiet wäre noch bedeutende Forschungsarbeit zu leisten und könnten wertvolle Dokumente zusammengetragen werden. Bei entsprechendem Einsatz könnte ein Dokumentationszentrum und die dazugehörigen Ausstellungen wesentliches dazu beitragen, um durch eine kritische Bewältigung der Vergangenheit zur Verständigung zwischen den Volksgruppen und zum Abbau der Vorurteile beizutragen.

Gerade auf diesem Gebiet wäre aber die bisherige kulturpolitische Linie der starren Trennung zwischen den Volksgruppen, die notgedrungen zu einem deutschen und einem italienischen Dokumentationszentrum führen würde, wirklich untragbar.

Schluß:

geringes Interesse für die Südtiroler Museen, aber die deutschen Freunde werden das schon ändern

Das mangelnde Interesse für unsere Museen und ihr kläglicher Zustand ist vor allem auf die Kulturpolitik der letzten dreißig Jahre zurückzuführen. Auch nach dem Paket wurden die entsprechenden Kompetenzen in keiner Weise ausgeschöpft. Statt anzuregen und zu fördern, ist man vielmehr auf das Bremsen bedacht. Dabei ist es bezeichnend, daß selbst die Kreise, die sich nur dann für die Kultur interessieren, wenn Geld in ihre Taschen fließt, die Bedeutung von Museen bis

jetzt nicht erkannt haben. Gemeint sind dabei alle Kreise, die am Fremdenverkehr verdienen. Wie in vielen Ländern, so könnten auch bei uns die Museen einen wichtigen Anziehungspunkt für die Gäste darstellen. Doch scheint sich das noch nicht herumgesprochen zu haben oder vielleicht ist man der Auffassung, daß die Bauerntrahne im Eingang und die verschiedenen historischen und kunsthistorischen Schenswürdigkeiten bereits genügen.

Um die Sterilität der herrschenden Kulturkreise zu überwinden, müßten die fortschrittlichen Kräfte in Südtirol auch die Fragen der Museen verstärkt in die Diskussion bringen. Vielleicht gilt auch bei uns: „Ein steter Tropfen höhlt den Stein.“

Inzwischen hat sich aber schon Hilfe aus Bayern angekündigt. Ähnlich wie die laute Stille Hilfe wollen die Freunde Südtiroler Museen und Sammlungen e. V. (München) den Südtirolern auch auf diesem Gebiet unter die Arme greifen.

Gegen eine kulturelle Zusammenarbeit wäre nichts einzuwenden, aber das „Lottieren“ muß jetzt endlich aufhören. Hingegen ist anzuschauen, daß aus Dankbarkeit für die bayrischen

Spenden Büsten des Herrn Franz Josef Strauß einen Ehrenplatz in unseren Museen erhalten werden.

Streiche der Geschichte

... man bedenke, daß ein deutscher Nobelpreisträger und ein österreichischer Bundeskanzler voraussichtlich nicht geboren wären, wenn das Gesetz damals bestanden hätte.

(Leo Schuster über eine „sterbende Epoche“ — „Dolomiten“ 6. Juni 1978)

Ein Kind reicht!

In Maria sehen wir das Idalbild... der Frau... die Jungfrau, ein Mensch, der um etwas höheren Gutes willen von sich selbst absieht und sich frei und bereit hält für den Dienst am Mitmenschen...

(„Dolomiten“ 6. Juni 1978 — Leserbrief)

11. Gebot: nicht emanzipieren!

Durch dieses unwürdige Gesetz ist nicht der Menschheit... am allerwenigsten der Frau gedient, es spiegelt höchstens die egozentrische Lebensauffassung der emanzipierten Frau wider.

(„Sonntagsblatt“ 24 — Leserbrief zur Abtreibung)

Verstanden?

... dem Entsagen, Dienen, Vergleichen, das paßt eben nicht in das Konzept unserer modernen Frauen, die vor lauter Egoismus sich selbst ins Gesicht liegen.

(„Sonntagsblatt“ 24 — Leserbrief)

Wenn alle Grenzen fallen...

Das Gesetz wird in dieser Form unter anderen Folgen die Zerstörung des Verantwortungsbewußtseins der Frauen und noch mehr der Männer nach sich ziehen.

(Südtiroler Ärztekammer zur Abtreibung — „Dolomiten“ 28. Juni 1978)

Arbeitsmöglichkeit

für fünf Monate (Dezember 1978 bis Mai 1979) in journalistischem Büro in Bozen, montags-freitags: 10 bis 12 und 15 bis 17 Uhr.

Erforderlich: geistige Regsamkeit, sehr gut Deutsch und gut Italienisch, Leute empfangen, Briefe schreiben, Botengänge machen, Anwesenheit. Weiteres mündlich bei der Vorstellung in Bozen, „publi press“, Silbergas-se 23, 2. Stock, Telefon (0471) 2 69 71.

südtiroler
volkszeitung

erscheint 14tägig

eine alternative, demokratische Information für Südtirol

ABONNEMENT

Durch Euer Abonnement unterstützt Ihr die freie Meinungsbildung im Lande.

Im Inland kosten 25 Nummern (einschließlich Versand) 7500 Lire im Ausland 15.000 Lire.

Einzahlung: Auf Bank-Kontokorrent Nr. 1884/8, Raiffeisenkasse, Bozen oder Post-Kontokorrent Nr. 14/12156, Trient

Bitte: Namen und Adresse angeben und ab welcher Nummer.

Norbert C. Kaser †

(Ein Nachruf)

Er reiste ein wenig nach Norden (zu Goethes Gartenhaus), ein wenig nach Süden, in Umbrien war ihm am wohlsten, aber seßhaft blieb er im Lande, sich selber treu.

Er gab sich, wie man ihn nahm: abweisend und aufmerksam, aufstößig oder auslößig, tolerant und kompromißlos. Er gab sich nicht preis, sondern nahm sich die Freiheit, deutlich und deutsch zu reden. Auf literarische Prestige Gründe pfiff er. Er enttäuschte die Bauernromantiker, stieß Schöngedächter vor den Kopf, versauerte stillen Genießern das süße Alpenglüh.

Er kannte die trauten Traditionen Tirols und die Träger gefährlichen Marschgepäcks, die verführerische Salbaderei der Zeitungen, die sentimentfouchte Ansprache, das ülige Kanzelgift, den inflationären Rednerkurs, die Verbissenheit in spinwebenversponnener Sprachecke.

Er erkannte sich selbst und schonte sich nicht. Er sprach pusteralerisch, ohne zu dialekteln, und gleich gut italienisch wie hochdeutsch. Der eingebildete Bildungsjargon war ihm zuwider. Hochgestochenen zog er Fädeln aus dem Mund.

Er schrieb wenig und viel in wenig Jahren wie Trakl, schrieb stets gegen die Spracheinteilung durch Medien und gegen die Entmündigung durch Fürsprecher, oben wie unten. Er schrieb gegen die Übelstände im Wohlstand, gegen treuherzige Euphemie und Infamie. Tortenglasuren ekelten ihn an. Gegen die Gepflogenheit, den schönen Schein zu wahren, gegen alle kitschigen Ziplerischer Lustigkeit mit ihrem freundlich geäugelten Außen und dem menschenmörderischen Inneren, gegen die Eintracht niederträchtiger Bigoterie und Ferkelrei, gegen alle wahre Verlogenheit stellte er seinen Realismus, klar und wahr und bizarr wie die Dolomitzacken.

Als bitterernster Satiriker küpfte er mit Lust (eh)fürchtlos den allgemeinbekannt breiikrempigen und im besonderen schattenspendenden Tirolerhut, dem nur noch die kardinalen Kordeln und Quasten mangeln (denn immergrün, wie er ist, erstickt das letzte Grün darunter). Ungeister, Schaumschläger, Schockartikelfinder und Zagemacher in rebus politicus verteu-

felte er, steckte sie in ein Pusterer Wildbad oder verbannte sie in den Radsee (wie weiland die Kapuziner von Bruneck den Bösen Geist).

Die ungeliebten Schattenseiter, zitternde Alte, zornige Junge, Liliputaner und den Lauterfresser; alle, die sich's nicht richten können auf anderer Leute Upkosten, und alles, was wahr ist und recht, liebte er — und das Leben. Jetzt ist er tot.

Johann E. Trojer

N.C.K. †

Starr war der Ast
an dem sich die sorgsam gepflegten
weichhäutigen Glieder seiner
Gesellschaft
die Wunden geholt

Dürr war der Ast
der nicht Frucht tragen wollte
nach der Sitte des Landes
und dem Willen der Herren

Und er schrieb in den Sand

In dem Sand hat der Ast
sich zu Ende gebrannt
ein zornigführender Dornbusch
in unserer Wüste

Josef Pedarnig

an dieser stelle sollte ein „nachruf“ auf n c stehen. der nachruf konnte nicht geschrieben werden. es ging nicht. der versuch einer begründung mag als ersatz dienen.

zunächst, der n c läßt sich nichts nachrufen; auch nicht von jemandem, der zu seinen lebzeiten das recht in anspruch nahm, ihm die meinung zu sagen. wer ihn kannte, mag sich vorstellen, mit welcher heftigkeit — und er konnte da saugrob werden — er sich dagegen wehren würde.

sodann stelle ich bei mir eine gewisse schein fest: denn wenn ich hier über n c schreibe, dann setze ich mich dem vergleich aus mit einem, der wirklich schreiben konnte, genau an jener stelle, wo das beste erschien, was er an prosa hervorbrachte, seine köstlichen städtestiche.

die nachwelt pflegt sich über leute, die in irgend einer weise aus dem durchschnitt ragen, herzumachen, und es kann nicht ausbleiben, daß auch er ausgiebig behandelt wird. dazu möchte ich allerdings etwas bemerken.

zunächst halte ich es für albern, wenn man ihn jetzt zu einem märtyrer stempelt, zu einem, der unter den zuständen die er vorfand, so sehr litt, daß sein leben darüber verlosch. gewiß, auch er hat gelitten, vor allem hat er unter der ohnmacht gelitten, diese zustände zu ändern; gewiß, oft flüchtete er in sarkasmus und versteckte sich hinter der maske des lachens (manchmal gerann ihm das lachen zur fratzel), aber, wenn man diese weit zum allein schuldigen für das ende seiner existenz machen will, dann tut man der welt unrecht und vor allem ihm selbst. er hat ein recht in anspruch genommen (das ihm diese weit nicht nehmen konnte und wollte), nämlich das recht sich anzubrauchen, sich auszubrennen und dabei zu geben, was er zu geben vermochte. alle, er selbst und jene, die ihm in irgend einer weise nahestanden, wußten seit einiger zeit über seinen gesundheitszustand bescheid. sicher hätte er einige jahre gewinnen können, wenn er mit dem kärglichen rest an leben, der ihm noch zur verfügung stand, haushälterisch ungegungen wäre, wenn er tage und stunden wie ein buchhalter eingeteilt hätte. doch das wäre auf kosten dessen gegangen, den wir als den n c kennen und auch schätzen gelernt haben. denn er haßte alles berechnende und kleinliche, er wollte großzügig sein und war von einer unzeitgemäßen großzügigkeit, die ihm mitunter den vorwurf einbrachte, leichtsinnig zu sein.

eine bitte möchte ich an jene richten, denen er weitanschaulich nahestand: besetzt ihn nicht. tut ihm nicht jetzt, wo er sich nicht wehren kann, das unrecht an, ihn „einzuordnen“. er war ein radikaler individualist, oft ein streiter, aber nie ein parteimann.

nicht zu beneiden sind die „nachlaßverwalter“. so schön wie dieses wort ist ihr geschäft. es wird nicht leicht sein, jenen takt aufzubringen, den es braucht, um entwürfe und fragmente, die der autor selbst als nicht tauglich befunden hat, dort zu lassen, wo sie hingehören: im archiv. auf keine weise kann man ihm so viel unrecht antun, wie wenn man jede zeile veröffentlicht, die er irgendwann einmal geschrieben hat.

ich hoffe, man verzeiht mir diesen „nicht-nachruf“. ich wollte nur nicht einen heiligenschein aus falschgold fabrizieren. c. a.

Arbeitnehmerbewegung und Autonomie

Jeder, der mit beiden Füßen in der Arbeitnehmerbewegung steht, ist im derzeitigen Augenblick in einem besonderen Maß in Verantwortung genommen. Vor allem die Gewerkschaften liefern den Beweis, daß sie sich der Tragweite und der Schwierigkeiten der anstehenden Probleme bewußt sind. Es wird immer deutlicher, daß mit den bisherigen Mitteln die zentralen Konflikte der menschlichen Gesellschaft nicht mehr zu lösen sind. Die traditionellen Großideologien des Kapitalismus in seiner privaten und staatsmonopolistischen Form können wenig hilfreiche Rezepte anbieten. Die Tatsachen deuten heute auf eine Zeit des Umbruchs. Arbeitslosigkeit und Inflation offenbaren immer deutlicher einen strukturellen Kern. Fortschreitende Arbeitsteilung und Rationalisierung beschleunigen den Prozeß der Entmenschlichung der Arbeit. Das Netz der sozialen Sicherung, das sich die Arbeitnehmerbewegung in den vergangenen 100 Jahren erkämpft hat, hält zwar noch, doch wird Verschiedenes einer Revision unterzogen werden müssen.

Neue Wege werden deshalb eingeschlagen werden müssen. Und da sprechen die Eurokommunisten vom dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und östlichem Staatskapitalismus, die Sozialisten vom dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus, die christlichen Sozialdemokraten vom dritten Weg zwischen dem sogenannten „freien Spiel der Kräfte“ und einem sozialistischen Bürokratismus. Es ist so manchem Gewerkschaftler nicht zu verargen, wenn ihm unter diesen Umständen Zweifel am Wert auch unseres Wirtschaftssystems auftauchen. „Wenn die soziale Marktwirtschaft als ordnendes System nicht in der Lage ist, sehr bald in gemeinsamen Anstrengungen die Vollbeschäftigung wieder herzustellen, dann hat auch das gern genannte Atribut ‚sozial‘ seine Glaubwürdigkeit verloren“, erklärte beispielsweise der Vorsitzende des deutschen Gewerkschaftsbundes Heinz Oskar Vetter.

Meines Erachtens erfordert aber die Unvollkommenheit der Marktwirtschaft nicht ihre Ersetzung, wohl aber ihre Ergänzung und Korrektur durch strukturpolitische Maßnahmen. In dieser Beziehung teile ich die Kritik der Gewerkschaftsföderation am Pandolfi-Plan. Es geht also nicht darum, die Freiheit des Verbrauchers auf dem Gütermarkt zu beschränken und den Wettbewerb, Garant für Leistungsfähigkeit und Effizienz, auszuschalten. Den Unternehmern muß auch weiterhin die Möglichkeit erhalten bleiben, sich frei von bürokratischer Bevormundung dy-

namisch zu entfalten und die Möglichkeit des technischen Fortschritts voll auszuschöpfen.

Den neuen Weg skizzierte Dr. Bruno Gruber, Zentralsekretär des christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz, auf der internationalen Arbeitnehmertagung in Bruxen treffend wie folgt: „Die herkömmliche Konjunkturpolitik versagt bei der Beseitigung der wachsenden Arbeitslosigkeit, die mit einer stagnierenden Wirtschaftsentwicklung einhergeht. Wir müssen uns auf die Strukturpolitik verlegen.“ Er plädierte in diesem Zusammenhang für eine Strukturverlagerung zugunsten des qualitativen Wachstums, in dem Bildungs-, öffentliches Verkehrs- und Gesundheitswesen ausgebaut, Altbauten und Ortskerne saniert werden. Aber auch die Kruke dieser „vorausschauenden Strukturpolitik“ allein wird nicht das Allheilmittel sein. Es wird auch weiterhin die Wanderung von Kapital und Arbeit aus der nicht mehr wettbewerbsfähigen Produktion in moderne, ertragsstarke Betriebe brauchen. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Mobilität wird deshalb in Zukunft noch vergrößert werden müssen. Dafür sind die Voraussetzungen, sei es auf dem Bildungssektor als auch auf dem Sektor der Infrastrukturen (Wohnungen, Straßen usw.), zu schaffen.

Es ist klar, daß diese Entwicklung Absprachen mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmern auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene voraussetzt. Es muß die Einsicht bei Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Politikern wachsen, daß Probleme besser partnerschaftlich gelöst werden als im Kampf gegeneinander. Dabei ist aber zu betonen, daß Konflikte gesehen und ausgeglichen werden müssen. „Der Gedanke der ‚Konfliktualität‘ aller Gesellschaften erweist sich als Sonde, die Einsichten in Bestehendes wie in Mögliches eröffnet.“ „Freie Gesellschaft ist aber gestatteter, ausgetragener, geregelter Konflikt, die schon durch diese Merkmale das Grundniveau der Lebenschancen höher ansetzt, als alle Spielarten der Unfreiheit es können.“ (Ralf Dahrendorf, in „Konflikt und Freiheit“, Seite 7). Deshalb meine Plädoyer für eine neue Unternehmensverfassung, deshalb auch meine Forderung, die Rechte und Pflichten der in einem Betrieb Tätigen festzulegen. Nur so kann Mitbestimmung auch für den einzelnen Arbeitnehmer spür- und erlebbar sein. Dies ist aber noch nicht ausreichend. Wegen der besonderen gesellschaftspolitischen Bedeutung des Produktivvermögens müssen die Arbeitnehmer unmittelbar am Produktivkapital der Wirtschaft beteiligt werden.

Die Forderung „Eigentum in Arbeitnehmehand“ darf sich nicht auf die Geldvermögensbildung und den Erwerb von Haus- und Grundeigentum beschränken. In einer Gesellschaft, in der 85 Prozent der Erwerbstätigen Arbeitnehmer sind, muß Eigentum zur Sache aller werden.

An diesen sozialpolitischen Forderungen wird die Realität in Südtirol gemessen werden müssen. Diese Realität wird immer stärker von autonomen Entscheidungen geprägt sein. Die Voraussetzung hierfür bildet das neue Autonomiestatut und die diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen. Die Möglichkeiten des darin enthaltenen „Ausgleichs“ müssen auf dem Hintergrund der historischen Realität beurteilt werden. Die verfassungsrechtliche Absicherung gibt ihnen die Legitimation dafür, daß sie auf längere Sicht Richtschnur für das Zusammenleben der Volksgruppen bleiben werden. Alle Versuche, sie zu unterlaufen, stören eine friedliche Entwicklung genauso wie die mangelnde Bereitschaft, die politische und gesellschaftliche Realität zur Kenntnis zu nehmen. Dazu rechne ich unter anderem die jetzige Schulstruktur, den Proporz, die Zweisprachigkeit und die Situation im gewerkschaftlichen Bereich ebenso wie die Tatsache, daß wir in einem Land wohnen, das nur einmal eine autonome Provinz der Republik Italien und obendrein die Heimat dreier Volksgruppen geworden ist.

Was insbesondere den gewerkschaftlichen Bereich anbelangt, kann nicht genug betont werden, daß der Kampf um die Autonomie vor allem ein Kampf um die Sicherstellung der Chancengleichheit der Südtiroler Arbeiterklasse gewesen ist, der von gesamtstaatlichen Gewerkschaften nicht im ausreichenden Maß mitgetragen worden ist. Denn die Entnationalisierungspolitik des Faschismus, aber auch der Nachkriegsregierungen hat vor allem die deutsche Arbeiterklasse schwer getroffen. Es ist eine grobe Geschichtsklitterung, der SVP die Schuld in die Schuhe zu schieben, daß 90 Prozent der Sozialwohnungen sowie die Arbeitsplätze im städtischen Raum von Italienern besetzt worden sind. Die Wiedergutmachung des historischen Unrechts gibt uns aber nur das Recht, die Anwendung der vereinbarten Maßnahmen im Geist und dem Buchstaben nach zu verlangen. Sie darf uns aber nicht den Blick für den Wandel verbauen, der sich in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht in diesem ausgehenden 20. Jahrhundert noch vollziehen wird. So manches wird aus einer anderen Perspektive gesehen werden müssen. Sicher ist die derzeitige Machtstruktur zu verfestigt, um den notwendigen Innovationsstoß sicherzustellen und die politische Praxis der neuen gesellschaftlichen Realität anzupassen. Man sollte sich auch hützelnde langsam mit dem Gedanken befreunden, daß die jüngere Generation sich in vieler Hinsicht wesentlich unbelangener

stützt auch durch wirtschaftliche und kulturelle Faktoren. Gleichzeitig wirken aber die Folgen der früheren Tendenz nach, so daß man von einem Kondominium an Ideen, Identitätsansprüchen, kulturellen Vorstellungen, politischen Bezugssystemen sprechen kann.

Es ist äußerst anspruchsvoll, in dieser Wirklichkeit den Einfluß, die Haltung und die Funktion der Arbeiterbewegung in Südtirol bezüglich der Autonomiefrage auszumachen. Wenn man unter Arbeiterbewegung die organisierte Arbeiterschaft meint, so kann man in keiner Weise behaupten, daß diese von der oben genannten komplexen Widersprüchlichkeit verschont geblieben ist oder daß bisher Merkmale aufgetreten sind, die eine Überwindung der jetzigen Gesamtlage versprechen. Global gesehen, war das Tun und Wirken der Arbeiterbewegung alles eher als einheitlich, eher konträr, ambivalent und von ethnischen Faktoren mitbestimmt, sei es, daß dies offen einseitig ist, sei es, daß es als wahre Motivation hinter vordergründigen Verbalbeschwörungen steht. Man könnte auch sagen, daß im wesentlichen in der bisherigen Politik der verschiedenen Komponenten der Arbeiterbewegung der ethnische Interessenskonflikt in objektiver Weise dominierend war, ob man es zugeben will oder nicht. Damit sollen die sozialen Verdienste nicht herabgesetzt werden, die zweifelsohne vorliegen; es geht um die politische Strategie. Instrumentelle Verwendung der sozialen Konfliktsituationen im Rahmen der Festigung oder Verteidigung nationaler Positionen haben bis in die Gegenwart herauf maßgeblich die Strategie und Taktik der Arbeitsorganisationen mitbeeinflusst, wobei erst ansatzweise die Möglichkeit der Überwindung dieser Pragmatik als Silberstreif am berühmten Horizont erscheint.

Die Verwirklichung der neuen Landesautonomie schafft eine qualitativ neue Ausgangslage, nicht von heute auf morgen, sondern in einem längeren Zeitraum (immer vorausgesetzt, daß der Prozeß nicht unterbrochen oder wesentlich verwässert wird). Es mußte jedem klar sein, daß die erste Folge der erweiterten Autonomie vorerst einmal „innenpolitisch“ gesehen eine Art „Mittelalter“ sein mußte, das als eine Art Durststrecke zu durchmessen ist. Die Strukturen und Einrichtungen, die sich die deutsch- und ladinischsprachige Volksgruppe für einen konzentrierten Kampf um nationale Rechte geschaffen hat, tangen immer weniger für die Verwaltung dieser Rechte, das wird bald allen einseitig.

Eines der wichtigsten und dringendsten Ziele ist die Wiederherstellung einer politischen Demokratie im Lande (seit 1920 in Südtirol ausgelöscht, länger als in Portugal und Spanien!) Der Pressepluralismus muß ausgebaut und zu einer stabilen Einrichtung werden.

Was die Arbeiterbewegung in dieser Phase anbelangt, muß festgestellt werden, daß durch eine mangelhafte ideologische und politische Analyse und daraus folgend konkrete politische Aktionen die Möglichkeiten, die sich heute bieten, nicht voll ausgeschöpft werden, bzw. potentielle Entwicklungen von Teilen der Arbeiterbewegung eher retardiert werden. Ich meine hier nicht die abenteuerlichen und pessimistisch-disperaten Vorschläge des Genossen Langer zur Novemberwahl, sondern die Einschätzung der Lage durch große gesamtstaatliche Organisationen.

Einige Beispiele zur Demonstration aus der Praxis:

a) Wichtige Bestimmungen des neuen Autonomiestatutes haben einen eindeutigen entkolonialisatorischen Charakter. Warum wird die italienische Basis darüber nicht umfassend aufgeklärt? Hier entsteht ein gefährlicher Riß zwischen neuen Verfassungsnormen und den Auswirkungen auf den einzelnen. Dies geht schon so weit, daß der „Avanti“, Parteiblatt des PSI, in einem Titel von der „Willkür der deutschen Volksgruppe“ spricht;

b) Diese Organisationen gingen und gehen her und bauen „autonome“ deutsche Sektionen auf, wobei das Wort autonom für sich selbst als reine Fassade stehen muß und keine entsprechenden Strukturen dahinterstehen. Dabei wäre es höchste Zeit, daß auch die italienischen Sektionen sich vom gesamtstaatlichen Kontext eigenständig abheben müßten. All dies gerät in einen unheilvollen Widerspruch zur realen Autonomie Südtirols gegenüber dem restlichen Staatsgebiet und zum 400-Milliarden-Budget der Südtiroler Landesregierung. Diese Art von Rückständigkeit oder auch Irrealismus oder Nostalgie kann doch nur zur Folge haben, daß der Zement des SVP-Monopol-Bunkers weniger schnell abbröckelt.

c) Schon jetzt ericht man, wie diese politischen Gruppierungen zusehends bei der italienischen Basis in Bedrängnis geraten, da ihre Organisationsstrukturen mit dem Autonomiestatut nicht konform gehen. Wie können sie z. B. die italienische Arbeiterschaft politisch weiterhin ansprechen, wenn diese deutschen sollte und damit die der italienischen Volksgruppe zustehenden Anteile an der Landesverwaltung geschmälert

werden? Die Rechte versucht schon, Kapital daraus zu schlagen.

Die Liste der Unstimmigkeiten könnte beliebig fortgesetzt werden. Ein weiteres Beispiel aus dem ideologischen Feld: während in der gesamtstaatlichen italienischen Linken ein sehr kritisches und reserviertes Verhältnis zur DDR besteht (siehe Fall Corghi, siehe neue Lesimisus-Diskussion), darf diese im deutschsprachigen Südtirol ohne weiteres operieren, rein opportunistisch. Beispielsweise ignorierte der jetzige Staatspräsident Pertini vor einigen Jahren in einer italienischen Bonner CGIL-Versammlung die Anwesenheit wichtiger Persönlichkeiten aus der DDR (es waren Parlamentarier und Gewerkschafter), während dieselben DDR-Leute nicht nur an einer Schlandenser deutschsprachigen Gewerkschaftsversammlung teilnehmen konnten, sondern dort auch aktiv in die Diskussion eingriffen. Bedenkt man andererseits, daß sich sämtliche DDR-Delegationen in Südtirol ständig betätigen, die Südtiroler Ortsnamen aus falscher Rücksicht gegenüber dem italienischen Staat auch gegenüber Südtirolern italienisch zu gebrauchen (obwohl sie dauernd auf die Verfassungssituation hingewiesen wurden, die den Gebrauch des deutschen Namens garantiert), so kann man sich das Groteske der Situation vorstellen. Auch die Gewerkschaftszeitung aus der DDR (sic wird jedem Mitglied zugestellt) kommt nur in italienischer Version nach Südtirol, trotz oftmaligen Protests vieler Genossen.

Die theoretischen Abhandlungen von Anno Teusch scheinen mir ein Paradebeispiel dafür zu sein, wie man völlig dogmatisch und mechanisch marxistische Interpretationsmodelle über eine konkrete Wirklichkeit stülpen will. Hat diese Wirklichkeit noch ganz besondere Merkmale wie in Südtirol, so sind die Ergebnisse solcher Operationen wenig fruchtbar und zielführend. Wir hätten eigentlich Wichtiges zu tun, als eben Rezeptiertes im Sandkasten Südtirol durchzuexerzieren. Es ist nicht ausreichend, die Geschichte Südtirols der letzten sechzig Jahre über den (Klassen-)Kamm zu scheren.

Die Linke in Südtirol braucht weder die Rolle des „Tafelbergers“ zu spielen, noch ist sie von Ressentiments, Nostalgie oder Revanchedenken bestimmt. Sie muß instande sein, zwei Aufgaben anzupacken und zu ihrer Lösung beizutragen: Erstens muß auf Südtiroler Seite der politische Pluralismus hergestellt und die Konservativen in ihrer Vormachtstellung beschränkt werden; zweitens sind große Anstrengungen zu machen, um weiten Kreisen der italienischen Bevölkerung Südtirols die Autonomie zu vermitteln und sie dafür zu gewinnen. Hier liegen die Chancen der Arbeiterbewegung, aufkommende neue Spannungen schnell wieder abzubauen und solide neue Synthesen herzustellen.

Widerruf

Es stimmt nicht, daß sich Robert Hochgruber als Exponent der SM-Minderheit nicht bereit erklärt hat, bei der Erarbeitung der Studientagung mitzuarbeiten.

Günther Pallaver

Die neue SVP-Strategie des Antikommunismus

Eine Auseinandersetzung mit Hans Benediktors

Es ist ein typisches Kennzeichen unserer Sammelpartei, daß sie zur ideologischen Rechtfertigung ihres konservativen Integralismus, der die ganze Bandbreite der demokratisch-politischen Willensbildung der Südtiroler für sich beansprucht, ein diffuses Feindbild aufbaut und propagandistisch verbreitet, das eine ernste, ja tödliche Gefahr für das Südtiroler Volk und seine Kultur (Volkstum) signalisieren soll, die nur durch einen (partei-)politisch einheitslich und energisch geführten Abwehrkampf abgewendet werden kann.

Alle Südtiroler, in denen noch ein Funke der Heimatliebe und des christlichen Glaubens brennt, werden aufgerufen (man denke an Herrn X und an Prof. Luis Thaler), das Unheil verkündende Phänomen mit den rechten Mitteln und zur rechten Zeit zu bannen, um das Heilige Land (Süd-)Tirol für das Abendland (sprich SVP) vielleicht doch noch retten zu können.

Das Wichtigste freilich sei, daß die Gefahr in ihrer ganzen Größe und Tragweite erkannt wird. Alle Südtiroler sollten die Schliche und Tücken der Kommunisten, die sich ein taktisch raffiniertes Konzept ausgedacht haben und sich auf Filzpantoffeln an die Macht schleichen, nun endlich kennenlernen und ihrem „Sein und Anspruch“ auf den Grund gehen, um der großen Auseinandersetzung, die auf Südtirol zukommt, argumentativ gewachsen zu sein.

Hans Benediktors Widerlegung des Kommunismus

Gerade noch rechtzeitig ist den mit dem Phänomen des Kommunismus noch nicht oder zu wenig vertrauten Südtirolern ein Werk angezeigt oder als großzügiges Geschenk auch direkt in die Hand gedrückt worden, das nach eigenen Angaben gründlich und schonungslos mit dem Kommunismus abrechnet. Es handelt sich um das kürzlich im Athesia-Verlag, Bozen, erschienene Buch von Dr. Hans Benediktors mit dem Titel „Eurokommunismus — der große Bluff“¹.

Wie Benediktors Parteifreund Senator Dr. Peter Brugger in einer Rezension des Buches versichert, sei es diesem gelungen, „an Hand von ganz harten Tatsachen...“ „die Berechtigung von Zweifel, Mißtrauen und auch Ablehnung gegenüber dem Bekenntnis der italienischen Kommunistenführer zu den Werten der Demokratie und zu den individuellen Freiheitsrechten... glaubwürdig zu begründen“².

Benediktors „Standardwerk“

Sehen wir uns also dieses Werk etwas genauer an: seine Aufmachung und Gliederung (nach Schlagzeilen) sind journalistisch, nicht wissenschaftlich systematisch. Die Diktion ist eher salopp als präzise und — ein Vorteil — auch für den weniger gebildeten Leser — verständlich.

Die breit eingestreuten Klatschgeschichten machen die Lektüre amüsanter und genüsslicher. Sie sollen den Leser auf Nebensächlichkeiten ablenken, ihn emotional aufladen und gegen den Kommunismus (Marxismus) einnehmen.

Die Karikaturen und Bildaufnahmen symbiotisch einträchtiger kommunistischer und christdemokratischer Spitzenpolitiker zielen wohl darauf ab, den Hauptakteuren der italienischen Politik ein Air des Unseriösen, ja Lächerlichen zu geben und das Taktieren und Faktieren der beiden Großparteien anzuprangern. Für den SVP-Abgeordneten Benediktors scheint die italienische Politik ein sehr schmutziges Geschäft zu sein, bei dem die jesuitische Maxime des Zwecks, der alle Mittel heiligt, gilt und wo jeder im Trüben fischt, ausgenommen die SVP-Politiker, die sich ja bekanntlich so uneigennützig für das Südtiroler Volk einsetzen.

Diese Haltung des Journalisten und SVP-Politikers prägt Rahmen und Inhalt des Buches. Weder im Aufspüren der Fakten, noch bei der Interpretation der Ereignisse ist die Akribie des Wissenschaftlers am Werk.

Benediktors unterzieht sich nicht der Mühe, unvoreingenommen die einzelnen Entwicklungsphasen des Eurokommunismus und der KPI im Kontext der westeuropäischen und italienischen Geschichte und Politik zu untersuchen, um dann aus diesem Zusammenhang unter Berücksichtigung des Selbstverständnisses und der Identitätssuche der Partei deren echte und tiefgreifende Wandlungen zu erfassen, die ihr schließlich das unverkennbare Profil und die nationale Eigenständigkeit geben, die ihr heute nur ein Gegner absprechen kann, der sich wirklichsblind dem Antikommunismus, „der Grundtorheit unseres Jahrhunderts“ (Thomas Mann), verschrieben hat.

Benediktors Antikommunismus

Dieser Vorwurf kann Benediktors nicht erspart bleiben, denn seine Kommunismuskonzeption ist von einem

antikommunistischen Vorurteil her inspiriert und konstruiert, also vorgefaßt und prinzipiell, ein Unwahrheit, der seinen Argumenten einen instrumentellen Charakter verleiht, sie suspekt erscheinen läßt und weithin entkräftet. So ist es verständlich, daß ihm unter der Hand jede echte Wandlung der KPI zu einem böswärtigen und doppelbödigen Tarn- und Täuschungsmanöver verkommt, zu einer raffinierten Taktik im Griff nach der Macht, der „Diktatur des Proletariats“ (sprich der Partei).

Sein Kommunismusbild gehört der Vergangenheit an; es ist der Mottenkäse des Kalten Krieges entnommen und von der Totalitarismustheorie geprägt. Er will, gestützt auf seine „Nabelschnur“-Hypothese, die Emanzipation der KPI von der Führung Moskaus nicht zugeben, und er übersieht die Sachzwänge, die echte Wandlungen und die Erkenntnis mit sich bringen, „daß die vom Sowjetkommunismus verkündeten Dogmen, Schemata und Strategien auf die inzwischen längst veränderten Bedingungen und Probleme moderner Industriegesellschaften parlamentarisch-demokratischer Prägung nicht zu übertragen sind und daß es gilt neue politische Konzeptionen zu entwickeln, die den heutigen Bedingungen, Problemen und Aufgaben entsprechen“³.

Die Marxismus-Leninismus-These

Nach Benediktors beruht jede Spielart des Kommunismus, der gesamte Euro- und italienische Kommunismus nicht ausgehoben, auf dem **Marxismus-Leninismus**. „Die marxistisch-leninistischen Schatten sind noch viel zu groß, um Vertrauen in eine noch immer sehr kommunistische Partei haben zu können“⁴.

Diese Auffassung, wonach Eurokommunisten und Sowjetkommunisten die gleiche Ideologie hätten, kann heute nicht mehr aufrechterhalten werden.

Der **Marxismus-Leninismus** ist eine einseitige schematische Ideologie, die mit dem Anspruch auftritt die „einzige wissenschaftliche Weltanschauung“ zu sein, die alle Veränderungen in der Gesellschaft, der Natur und im menschlichen Denken erklärt. Ihr Universalitätsanspruch, der abweichende Meinungen und selbständige Gedanken nicht zuläßt, schließt eine Übernahme durch die eurokommunistischen Parteien aus.

Was den italienischen Kommunismus betrifft, wurde das schematische Gehäuse des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung bereits durch die theoretischen Arbeiten von Gramsci und Togliatti aufgebrochen und ein neuer revolutionärer Marxismus entwickelt, der den geschichtlichen und sozio-ökonomischen Bedingungen des modernen Italien und den daraus sich ergebenden Erfahrungen angepaßt ist.

Notwendigkeit einer Neuinterpretation des Marxismus

Wolfgang Leonhard faßt die eurokommunistische Neuinterpretation des Marxismus in folgenden Stichworten zusammen:

1. So wichtige und im Mittelpunkt stehende Doktrinen der Sowjetideologie wie der 'proletarische Internationalismus', die 'Allgemeingültigkeit der Diktatur des Proletariats', die 'Konzeption der 'moralisch-politischen Einheit' in einer sozialistischen Gesellschaft, die Doktrin vom 'Sozialistischen Realismus' als verpflichtende Generallinie für Literatur und Kunst, die 'Doktrin von der begrenzten Souveränität' sowie vor allem die Doktrin von der 'führenden Rolle der Partei' im Kampf für den Sozialismus und nach der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft werden alle von den Eurokommunisten abgelehnt.

2. Die Eurokommunisten lehnen ferner die für die Sowjetideologie typische Begrenzung des Marxismus auf die Werke von Marx, Engels und Lenin sowie die als offiziell geltenden sowjetischen Lehrbücher und Parteitagsresolutionen ab und treten für eine 'Öffnung des Marxismus' ein. Sie sehen den Marxismus in seiner Vielgestaltigkeit und von unterschiedlichsten Persönlichkeiten her interpretiert...

3. Marx, Engels und Lenin gelten für die Eurokommunisten keineswegs als 'sakrosankt'...

4. Vor allem lehnen die Eurokommunisten den Totalitätsanspruch des Marxismus-Leninismus ab...

5. Ausgehend davon, setzen sich die Eurokommunisten für eine ernsthaftere Behandlung der Religion im allgemeinen und des Christentums im besonderen ein...

Grundsätzlich wird... die Bereitschaft betont, von allen anderen geistigen Strömungen zu lernen..." (stark gekürzt):⁵

KPI gegen „freiheitliche Grundordnung“?

Benedikter begeht den Fehler, daß er dieser Neuinterpretation des Marxismus, die schon bei Gramsci in grundlegenden Ansätzen sichtbar wird und die die KPI und die ganze eurokommunistische Bewegung in jeweils verschiedenen nationalen Ausprägungen weiterentwickelt haben, als ein autochthones substantielles Ereignis nicht anerkennen will, sondern sie als ein lediglich taktisches Manöver abqualifiziert. Gramscis Philosophie der Praxis, der aktive Antifaschismus und der maßgebliche Anteil der Kommunisten an der Resistenza sowie an der Ausarbeitung der republikanischen Verfassung des neuen Italien, der zähe Kampf der KPI um die Respektierung der Verfassung und um die Erfüllung des Verfassungsauftrags in den schweren Zeiten der politischen Diskriminie-

rung durch den DC-Staat, ihr unermüdliches Eintreten für die Grundrechte aller Bürger, alle diese durch die Geschichte erhärteten Beweise für das an demokratischen Prinzipien ausgerichtete Verhalten der italienischen Kommunisten genügen Benedikter nicht, um die KPI als eine Partei mit einem „ungestörten“ Demokratie- und Pluralismusverständnis anzuerkennen. Er bezeichnet die KPI sogar als „Gegner unserer freiheitlichen Grundordnung“, mit dem er die Auseinandersetzung „stets aus einer Position des Respektes und nicht der Verächtlichmachung geführt“ habe⁶. Was das letztere betrifft, handelt es sich um eine Behauptung, die dem Verfasser des „großen Bluffs“ in den Augen der Leser als einen objektiven Politikwissenschaftler ausweisen soll, der zwar alles, was für die Kommunisten spricht, vorbringt, aber nicht unahm kann, sie als Feinde „unserer freiheitlichen Grundordnung“, die bedenkliche moralische Defizite aufweisen, anzuprangern.

Freiheitliche Grundordnung und Kapitalismus

Der bundesdeutschen Sprachregelung folgend, versteht Benedikter unter „unserer freiheitlichen Grundordnung“ den Monopolkapitalismus, das System also, das heute in der BRD und in Italien sozio-ökonomisch vorherrscht.

Wenn dem so ist, dann sind die Kommunisten freilich Gegner dieser „freiheitlichen Grundordnung“, denn sie sind Verfechter des „anderen“, auf Arbeit gegründeten Italien mit seiner

sozial-progressiven Verfassung, die sich nicht mit dem Status quo der heutigen monopolkapitalistischen Gesellschaftsformation Italiens deckt. Die KPI nimmt den vor allem in den Grundrechten festgeschriebenen Verfassungsauftrag ernst und zielt auf eine systemüberwindende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf eine Verwirklichung der sozialistischen Demokratie, ohne deswegen die politische Demokratie preiszugeben.

Die Kommunisten wollen das kapitalistische System nicht gewaltsam revolutionär aus den Angeln heben, sie wollen aber mit ihrer behutsamen Politik struktureller Reformen allmählich Elemente des Sozialismus in das italienische Wirtschafts- und Sozialleben einführen, um so die in der Verfassung „versprochene Revolution“ mit dem Einverständnis der großen Mehrheit des italienischen Volkes und unter Einhaltung der demokratisch-parlamentarischen Spielregeln doch noch durch das Ziel zu bringen.

Die Einwände Benediktors und ihre Entkräftung

Für Benedikter hängt die KPI „ideologisch noch immer fest an der Nabelschnur von Marx und Lenin“ und will „auf die heiligen Texte des Marxismus-Leninismus... noch keineswegs verzichten.“ Auch bestreitet er, daß die KPI, schon in Anbetracht ihrer „marxistisch-leninistischen Perspektive“, eine „wirklich demokratische Partei“ sei. Das Bekenntnis der KPI zur Demokratie und zum Pluralismus wirke „nicht überzeugend, weil diese Prinzipien in den eigenen Reihen, in den Gremien

DISSERTANTENBEIHILFE FÜR DAS AKADEMISCHE JAHR 1978/1979

Ausschreibung

Die Südtiroler Landessparkasse schreibt für das Studienjahr 1978/1979 einen Wettbewerb zur Vergabe von Dissertantenbeihilfen aus. Es werden 10 Beihilfen einmalig gewährt, wobei jede Beihilfe mit 300.000 Lire bemessen ist. Die Beihilfen sind jenen Hochschülern vorbehalten, die bei der Erstellung ihrer Dissertation sind und ohne Beihilfe ihre Arbeit aus finanziellen Gründen nur schwer fortsetzen können.

Hochschülern, die in Österreich oder Deutschland inskribiert sind, wird die Beihilfe ab 9. Semester gewährt, vorausgesetzt, daß alle Vorprüfungen im 8. Semester abgelegt worden sind.

Hochschülern, die in Italien studieren, wird die Beihilfe ab dem 5. Studienjahr gewährt, vorausgesetzt, daß nicht mehr als vier Prüfungen zur „Laurea“ fehlen.

Die Gesuche und die entsprechenden Unterlagen werden von drei Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft und drei Vertretern des Südtiroler Kulturinstitutes überprüft. Diese Kommission schlägt auch die Kandidaten, denen die Beihilfe gewährt werden soll, der Südtiroler Landessparkasse vor, welche dann die Beihilfen nach eigenem Ermessen vergibt. Die Gesuche müssen innerhalb 15. März 1979 an das Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus, gesandt werden. Die Gesuche sind an die Südtiroler Landessparkasse, 39160 Bozen, Sparkassestraße 12/b zu richten und müssen mit folgenden Unterlagen versehen sein:

1. Erklärung über das Einkommen der Eltern im Jahr 1977, ausgestellt vom Steueramt
2. Familienbogen
3. Erklärungen
 - a) über laufende Stipendien
 - b) besondere Bedürftigkeit
 - c) Beschreibung der Doktorarbeit
4. Prüfungsbestätigungen
5. Bestätigung des Professors über das Dissertationsthema
6. Aufstellung der erforderlichen Sonderausgaben
7. Alle weiteren Dokumente, die vom Bewerber für die günstige Beurteilung seiner Situation als nützlich erachtet werden.

der Partei, kaum oder zumindest unzeitgemäß beachtet werden“.

Der marxistische Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“ und die von Gramsci promagierte „Hegemonie der Arbeiterklasse“ (eine getarnte Umschreibung der „Diktatur des Proletariats“) seien „unserem Demokratieverständnis entgegengesetzt“.

Gleichfalls im Prinzip antidemokratisch sei die „strategische Langzeitformel des historischen Kompromisses“.

Schließlich erhebt Benedikter gegenüber der KPI den Vorwurf, daß sie auch außenpolitisch noch nicht autonom sei. „In entscheidenden militär- und außenpolitischen Tragen“, meint Benedikter, „spielt man... nach wie vor... zum Kreni. Die weitgehende, meist flankierende Ausrichtung nach den Erfordernissen der globalen sowjetischen Friedenspolitik ist deshalb meist unverkennbar“.

Die Insistenz, mit der Benedikter die KPI ideologisch auf den **Marxismus-Leninismus** festnageln möchte, erklärt sich daraus, daß seine gegen die KPI vorgebrachten Argumente mit dieser These stehen und fallen. Wie unzeitgemäß und daher falsch seine These jedoch ist, dürfte sich sowohl aus der theoretischen Neuinterpretation des Marxismus durch die KPI als auch aus der Praxis der Partei seit der Resistenza und im Hinblick auf die Verfassung zweifelsfrei ergeben.

Auch was die innerparteiliche Demokratie betrifft, wird der Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“ in der KPI schon längst nicht mehr im Sinne eines bürokratischen Zentralismus mit eiserner Befehlsgewalt von oben nach unten praktiziert. Dieser Grundsatz wird zwar noch beibehalten, um Fraktionsbildungen zu vermeiden, sein Akzent liegt aber heute auf „demokratisch“, so daß er einer Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie nicht mehr im Wege steht. Heute können unterschiedliche Auffassungen auf Parteiversammlungen und Parteikongressen offen und frei diskutiert werden.

Mit der **Hegemonie der Arbeiterklasse**, die keineswegs eine verschleierte Diktatur des Proletariats darstellt, soll allerdings die schon seit langem in Krise geratene Hegemonie der Bourgeoisie abgelöst werden. „Aus der radikalen Krise unseres Wirtschaftssystems und der Konzeption der Wirtschaftspolitik des Verhältnisses Werktätige—Arbeiterklasse—Staat, aus dem Versagen eines Demokratie- und Freiheitsverständnisses sowie aus dem Versagen der herrschenden Moralauffassung hat sich mit Nachdruck die Notwendigkeit der Errichtung einer neuen Hegemonie ergeben... Aber die Arbeiterklasse kann ihrem hegemonialen Anspruch nur dann genügen, wenn sie es versteht, sich an die Spitze eines breiten und artikulierten Bündnisses demokratischer Kräfte zu stellen, wenn sie es versteht, im Zusammenwirken mit einer Vielfalt sozialer, politischer und kultureller Kräfte eine

Staatsführung aufzubauen, wenn sie es versteht, für die Demokratie zu kämpfen, indem sie eine Vielfalt staatlicher und sozialer Institutionen ins Leben ruff. Hegemonie und Pluralismus sind heute eng verbunden; es kann keinen realen Pluralismus geben ohne die Herrschaft der Monopole, welche die Demokratie ihrer realen Inhalte beraubt, zu brechen, ohne die Logik des Monopolkapitalismus zu widerlegen; es kann keinen realen Pluralismus geben, ohne die Führungsfähigkeit der Hegemonie der Arbeiterklasse unter Beweis zu stellen. Die Hegemonie der Arbeiterklasse wird in dem Maße real, als sie sich im Pluralismus verwirklicht; die beiden Begriffe ergänzen sich dialektisch; nur wer in der Logik der Identität befangen ist, meint, daß sie sich widersprechen.“ Die kommunistischen Parteien Westeuropas, die KPI nicht ausgenommen, werden daher kommunistisch bleiben und nicht den „Weg nach Bad Godesberg“ gehen.

Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien haben die kommunistischen Parteien Westeuropas nicht darauf verzichtet, das kapitalistische System zu beseitigen und durch ein sozialistisches zu ersetzen. Sie haben die europäische Teilung, die in Teheran, Jalta und Potsdam von den Supermächten beschlossen wurde, akzeptiert und die ideologischen sowie realpolitischen Konsequenzen daraus gezogen. Insbesondere die KPI hat ganz entschieden die „Wende nach Europa“ vollzogen. Sie weiß, daß die überwältigende Mehrheit der Bürger, einschließlich der eigenen Wähler und Mitglieder, zutiefst den politischen Freiheiten verpflichtet und nur für einen „liberalen“ Sozialismus zu gewinnen sind. Die KPI wird daher an der politischen Demokratie als einen prinzipiellen Wert festhalten, „sie (aber) aus ihrer Verbindung mit dem kapitalistischen System lösen und sie als notwendige Voraussetzung für das eigene Sozialismusmodell ansehen“. Ihr Ziel ist es, „die politische Demokratie im Sozialismus aufzuheben — nicht im Sinne ihrer Beseitigung —, sondern im ursprünglichen Marxschen Sinne ihrer Erweiterung in alle gesellschaftlichen Bereiche und als Instrument zur Veränderung der Gesellschaft selbst“.

Wo die Kommunisten in Westeuropa eine mächtige Partei bilden, kommt es nach der Meinung des bekannten französischen Politologen Maurice Duverger, nicht zu einer Bedrohung, sondern zu einer „Verbreiterung der Bandbreite des politischen Pluralismus“.

Auf dieser größeren Bandbreite des Pluralismus und der Demokratie liegt auch die Langzeitformel des „**Historischen Kompromisses**“, die besagt, „daß der Übergang zum Sozialismus unter voller Respektierung und Entfaltung der Demokratie... nicht anders als durch die bewußte Zustimmung der übergroßen Bevölkerungsmehrheit erfolgen könne, eine Zustimmung, die

sich nicht allein in gemeinsamen Aktionen kommunistischer, sozialistisch und katholisch beeinflusster Volksmassen auszudrücken habe, sondern die auch das politische Bündnis oder zumindest das bewußt politische Zusammenwirken in den Kernfragen der Gesellschaftsveränderung durch diejenigen politischen Organisationen einschließen müsse, in denen sich diese breite Bevölkerungsmehrheit repräsentiert sieht“.

Eine solche „Revolution in der Demokratie“, meinen die italienischen Kommunisten, sei der einzig mögliche und sinvolle Weg, um in einem kapitalistischen Industrieland wie Italien den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Angriff zu nehmen.

- 1) Erscheinungsjahr 1978, 365 Seiten
- 2) „Dolomiten“, 19. 4. 1978
- 3) Wolfgang Leonhard, Eurokommunismus - Herausforderung für Ost und West, München 1978, S. 280 f.
- 4) „Dolomiten“, 6. 4. 1978. H. Benedikter hat in einer in den „Dolomiten“ veröffentlichten Artikelserie seine Hauptthesen zum Eurokommunismus übersichtlich, geräffelt und auch präziser dargelegt, als in seinem Eurokommunismusbuch
- 5) Wolfgang Leonhard, ebenda, S. 233 ff.
- 6) „Dolomiten“, 6. 4. 1978
- 7) „Dolomiten“, 24.—25. 4. 1978
- 8) Luciano Gruppi in „De Giovanni/Gennarino/Paggi, Egegnonia Stato partito in Gramsci“, Roma 1977, S. 13 f., übersetzt vom Verfasser des Beitrags
- 9) Heinz Timmermann, „Eurokommunismus im Wandel“ in „Eurokommunismus/Fakten — Analysen — Interviews“ hrsg. von Heinz Timmermann, Frankfurt 1978, S. 27 f.
- 10) Maurice Duverger, Demokratie im technischen Zeitalter — Das Janusgesicht des Westens, München 1973, S. 226
- 11) Vgl. Lucio Lombardo-Radice „Der einzig mögliche Weg“ in „konkret“, Jahrbuch 1978 S. 44 f., wo der Autor das Buch von Detlev Albers „Demokratie und Sozialismus in Italien — der ‚historische Kompromiß‘ und die Strategie der Parteien und Gewerkschaften“, Frankfurt/New York rezensiert und dem die zitierte Stelle entnommen ist.

Welch ein Sinn für Proportionen!

Denn aus dem Fristendenken ergeben sich unweigerlich die Voraussetzungen für die Beseitigung „unerwarteten Lebens“, wie es im NS-Staat hieß, und vielleicht lag darin mehr Berechtigung als in der Tötung eines gesunden Lebewesens, das aus Bequemlichkeit abgelehnt wird...

(Leo Schuster — „Dolomiten“ 6. Juni 1978)

Frauen, Frauen laßt Euch Zeit!

Die Vermietung von Gästezimmern darf nicht zur einseitigen Überlastung der Frau und infolgedessen zur Unzufriedenheit der Gäste führen.

(Der Humanismus unserer Landesregierung — Siedlrolf 81)

Stellungnahme zum „Offenen Brief“

Mit Sicherheit ist es keine leichte Aufgabe, Studentenvertreter zu sein, besonders dann, wenn man sich innerhalb derselben Organisation als Vertreter der Minderheit den Entscheidungen der Mehrheit beugen muß. So verhält es sich auch bei der Südtiroler Hochschülerschaft: die Mehrheit regiert, die Minderheit opponiert. Als neues Ausschußmitglied der Südtiroler Hochschülerschaft wird es während des nächsten Geschäftsjahres meine Aufgabe sein, die Interessen der Südtiroler Hochschüler auf Hochschulebene zu vertreten, als Anhänger der Opposition werde ich mich bemühen, die Arbeit des SH-Vorstandes zu verfolgen, um eventuelle Mißstände oder Fehlentscheidungen aufzuzeigen.

So möchte ich meine Tätigkeit innerhalb der Südtiroler Hochschülerschaft mit einer Stellungnahme zum „Offenen Brief“ beginnen.

Wir alle kennen inzwischen den Inhalt dieses, im Ausland und in der italienischen Presse so aufsehenerregenden Briefes. Kurz gesagt, man beschwert sich darin unter anderem über das in Südtirol herrschende Presse- und Kulturmonopol, über die antikommunistischen Kreuzzüge der Südtiroler Volkspartei, welche nach Meinung des SH-Vorstandes und der 8? Persönlichkeiten in Südtirol jene verhängnisvolle Polarisierung geschaffen hätten, eine Polarisierung, die jetzt der freien Meinungsäußerung, der freien künstlerischen Gestaltung und dem gesellschaftlichen Engagement zum Verhängnis würde. Schließlich haben die Unterzeichner des Briefes sogar den Mut, Südtirol mit totalitär regierten Staaten zu vergleichen.

Ist Südtirol wirklich in ein Presse- und Kulturmonopol eingeschlossen? Was versteht man unter Pressemonopol? Man spricht von einem Pressemonopol, wenn das gesamte Angebot an Nachrichten und Informationen in der Hand des Staates vereinigt ist, wodurch natürlich die Pressefreiheit unterbunden wird, das heißt, es wird nicht erlaubt, ungehindert Informationen einzuholen und ohne Zensur darüber zu berichten sowie Kritik zu üben. Ebenso verhält es sich beim Kulturmonopol. Es besteht kein Zweifel, daß wir in Südtirol in einem Land der Presse- und der Kulturfreiheit leben. Keine Person wird in diesem Land daran gehindert, den Südtirolern eine Alternative zur Tageszeitung „Dolomiten“ anzubieten, der „Skolast“, so scheint mir, gibt unzensuriert die Meinung seiner Autoren wieder, und wer kennt noch nicht die „Volkszeitung“?

Auch die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ schreibt im Sinne der

Pressefreiheit, das heißt, die Art zu schreiben und eine Meinung wiederzugeben, bleibt den Verantwortlichen dieser Zeitung überlassen. Einige werden an dieser Art Gefallen finden, anderen hingegen wird diese Art mißfallen. Der SH-Vorstand nenne uns eine Zeitung, die es allen Bürgern auf dieser Welt rechtmachen können. Deshalb finde ich es einen totalen Unsinn, von einem Pressemonopol zu sprechen.

Südtirol ist auch in kein Kulturmonopol eingeschlossen. Das beweist die Existenz des Kulturzentrums. Die Zeitschrift der „Arunda“ ist mit Sicherheit nicht im Fahrwasser der Südtiroler Volkspartei. Welche Partei oder Regierung ist derart schlau, einen Künstler zu unterstützen und zu fördern, dessen Kunst gegen die genannte Partei oder Regierung gerichtet ist? Nur weil man von höchster Stelle nicht gefördert wird, dürfen gewisse Künstler nicht gleich von einem Kulturmonopol sprechen. In diesem „Offenen Brief“ hat man also mit der Beschuldigung, Südtirol sei in ein Presse- und Kulturmonopol eingeschlossen, einen Mißstand aufgezeigt, den es gar nicht gibt.

Jeder in Südtirol weiß, daß die Südtiroler Volkspartei ein unmachtgebiger Gegner des Kommunismus ist und dies auch in Zukunft sein wird. Der

Kampf zwischen den beiden politischen Weltanschauungen hat auch in Südtirol zwei Fronten geschaffen. Nur finde ich es nicht richtig, in einem offenen Brief die Südtiroler Volkspartei als alleinige Verantwortliche für diese Polarisierung hinzustellen. Warum spricht man nicht von Kreuzzügen der Kommunisten? Es wird verschwiegen, daß der PCI mindestens gleich, wenn nicht mehr, für die Frontenbildung verantwortlich ist. Der Studienaufenthalt des PCI im Februar sei ein Beweis für meine Behauptung.

Zum Schluß möchte ich noch eine Kleinigkeit hinzufügen. Der „Offene Brief“ sagt meiner Auffassung nach inhaltlich wenig aus. Er gibt höchstens Aufschluß darüber, auf welcher Seite sich der SH-Vorstand (politisch gesehen) befindet und was man von den Landtagswahlen bezwecken wollte. Er stellt aber auch einmal mehr unter Beweis, wie politisch unreif seine Verfasser sind. Solche Aktionen senken sicherlich nur das gesamte Niveau der Südtiroler Hochschülerschaft, aber sie verschlechtern auch die Beziehungen mit den wichtigen Stellen der Landesregierung, deren Hilfe wir auf Hochschulebene so bitter nötig haben. Daß solche Aktionen finanziell gesehen Fehlinvestitionen sind, dürfte allen klar sein. Deshalb fordere ich den Vorstand auf, derartige politische Aktionen aufzugeben, denn sie bedeuten mit Sicherheit das Ende unserer Organisation und dies ist dann der Fall, wenn die Südtiroler Hochschülerschaft aufhört, Hochschüler zu vertreten und anfängt, eine politische Partei zu werden.

An die Südtiroler Maturanten

Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen!

Wenn Dir heute zum ersten Mal der SKOLAST ins Haus fliegt, so betrachte das bitte nicht als Anwerbung für die SH. Aus der Überlegung heraus, daß zwischen Oberschülern und Universitätsstudenten ein viel zu geringer Gedankenaustausch besteht, stellt die Südtiroler Hochschülerschaft schon seit Jahren den Maturanten ein SKOLAST-Jahresabonnement gratis zur Verfügung. Der SKOLAST will Dir nützliche Informationen über Probleme, die mit einem Hochschulstudium zusammenhängen, geben und Dich an einer Diskussion innerhalb der Südtiroler Hochschülerschaft teilnehmen lassen. Die SH versteht sich als unabhängige und weltanschaulich ungebundene Organisation der Südtiroler Studenten, setzt sich ein für studentische Belange im weitesten Sinn und fühlt sich mitverantwortlich in Sachen Kultur-, Schul- und Hochschulpolitik in Südtirol. Du solltest bereits jetzt vertraut werden

mit den Fragen, die sich Dir auf diesem Gebiet stellen bzw. stellen werden, wenn Du im nächsten Jahr ein Universitätsstudium aufzunehmen denkst.

Du wirst in unserer Zeitschrift auch Artikel finden, die sich nicht unmittelbar mit Studentenproblemen befassen. Wir nehmen diese Artikel nicht auf, weil wir etwa zu wenig andere zur Verfügung hätten, sondern weil wir davon überzeugt sind, daß es gefährlich ist, wenn Studenten nur mehr über sich selbst nachdenken und auf gesellschaftspolitisches Engagement verzichten.

Jeder Artikel gibt die Meinung des Autors wider, die sich nicht unbedingt mit der der SH decken muß.

Wir hoffen, Dir durch den SKOLAST einige Anregungen geben zu können und würden uns freuen, auch von Dir Kritik und Anregungen zum SKOLAST und zu unserer Arbeit in der SH zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Günther Pallaver
Vorsitzender der SH